

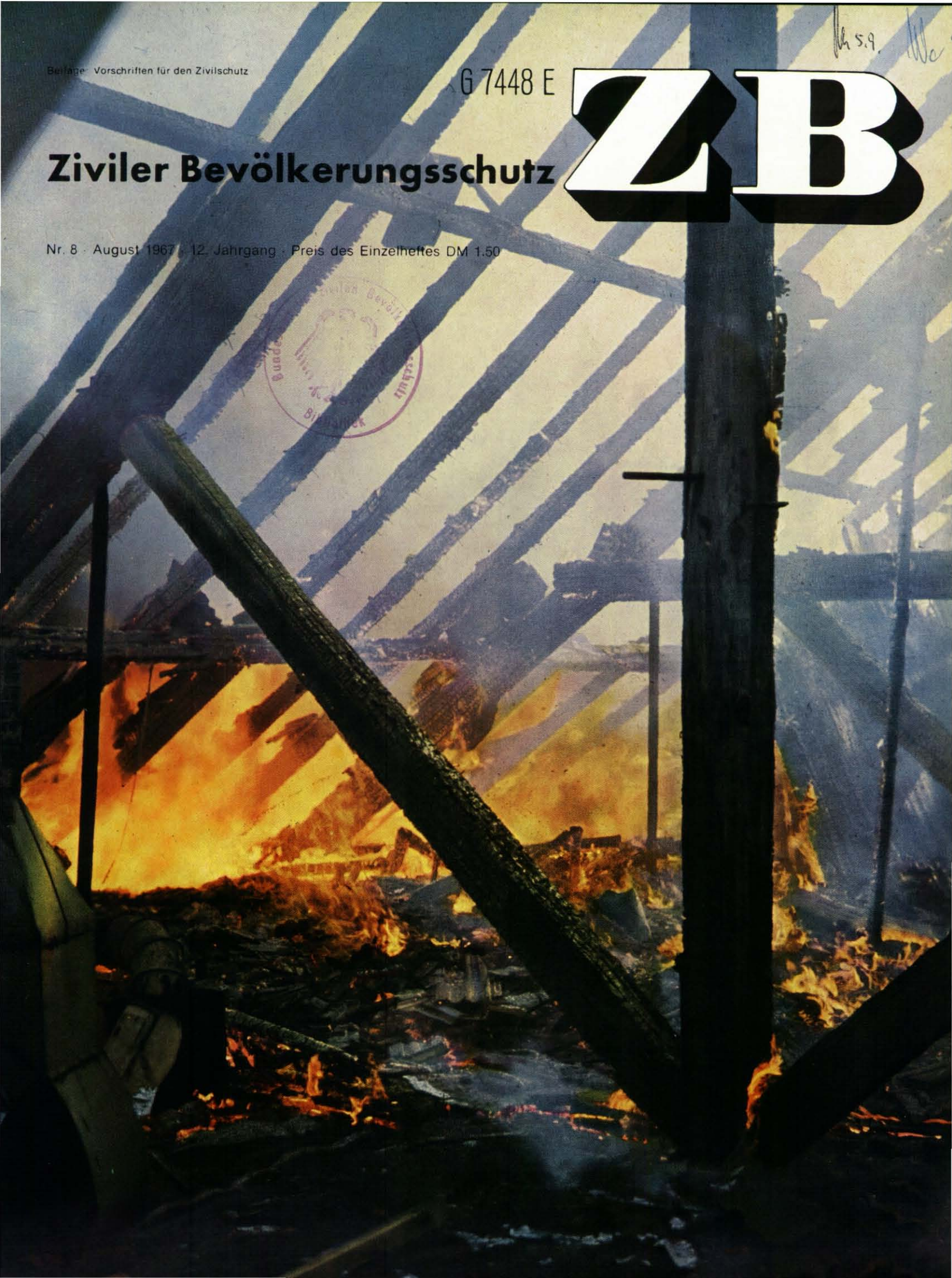
Beilage Vorschriften für den Zivilschutz

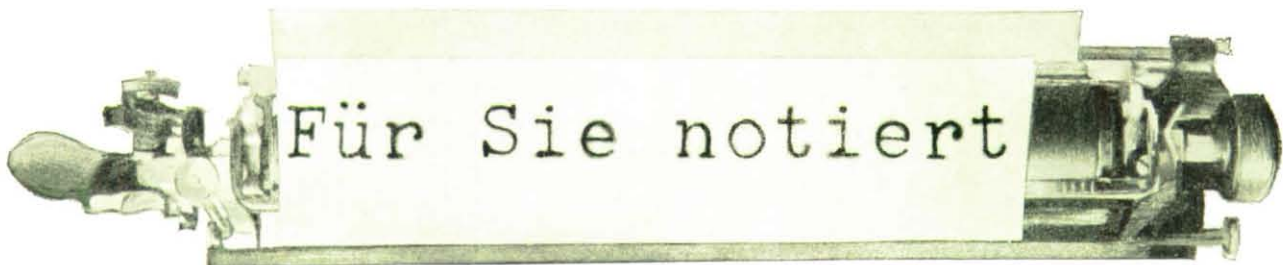
G 7448 E

Ziviler Bevölkerungsschutz

h.s.g. We
ZB

Nr. 8 · August 1967 · 12. Jahrgang · Preis des Einzelheftes DM 1.50





Revolutionäre Methode für Blutbanken

In Amerika wurde ein Weg gefunden, Blut tiefzukühlen und es damit auf fast unbegrenzte Zeit haltbar zu machen. Für Blutbanken ist dieser Weg revolutionär.

Bei den üblichen Aufbewahrungsmethoden der Blutbanken läßt sich frisches Blut auch gekühlt nicht länger als 21 Tage aufbewahren. Nach dieser Zeit treten Veränderungen ein, die das Blut nicht mehr zu Transfusionen verwenden lassen. Tausende von Litern gelagerten Blutes müssen daher im Monat von den Blutbanken ungenutzt weggegossen werden. Die neue Methode der Blutkonservierung benutzt rasche Abkühlung durch flüssigen Stickstoff. Sie erlaubt es, menschliche Blutzellen in tiefgefrorenem Zustand (fast 200 Grad minus) für fast unbegrenzte Zeit aufzubewahren. Nach dem Auftauen zeigen die meisten Blutzellen die früheren normalen Eigenschaften. Ebenso läßt sich vollständiges Blut mit Hilfe eines mechanischen Tiefkühlprozesses in gefrorenem Zustand so erhalten, daß es nach dem Auftauen zu Transfusionen verwendet werden kann.

Durch rapides Tiefgefrieren gehen normalerweise viele rote Blutzellen rasch zugrunde. Sind sie aber durch einen Eiweißkörper geschützt, der aus menschlichem Blutserum gewonnen ist, so vertragen sie Tiefgefrierung schadlos. Die Blutzellen wurden in einer Lösung dieses Eiweißkörpers aufbewahrt, die dreimal so stark ist wie im normalen menschlichen Blutserum. Beim Auftauen gehen höchstens 5-10% der Blutzellen verloren. Dieses rapid gefrorene, später aufgetaute Blut ist unbeschränkt haltbar und mindestens so gut wie Blut, das in Blutbanken nahe am Gefrierpunkt aufbewahrt wird.

Dr. Basile J. Luyet zeigte schon 1949, daß 70% der roten Blutkörperchen von Rindern am Leben blieben, wenn sie durch Eintauchen in flüssigen Stickstoff rapid abgekühlt und ebenso rasch wieder aufgetaut wurden.

Die technische Vollendung des Verfahrens ist wohl nur die Frage einer kurzen Zeit. In den Laboratorien der Linde Company wird auch von Polyvinylpyrrolidone Gebrauch gemacht. Es schützt die Blutzellen vor Schaden bei dem Gefrierprozeß. Dieses Mittel spielte in Deutschland schon im 2. Weltkrieg bei der Behandlung des Blutes zwecks Schocktherapie eine nützliche Rolle.

wfj.

Untersuchungen von Strahlenspätwirkungen

Euratom hat mit dem Institut für Nuklearmedizin des Deutschen Krebsforschungszentrums in Heidelberg einen Forschungsvertrag über die Ermittlung der durch künstliche Strahlung verursachten Spätwirkungen bei Menschen geschlossen. Es sollen genaue Messungen der Bestrahlungsdosis bei Personen vorgenommen werden, die vor 20 Jahren eine Thorotrastbehandlung erhalten haben. Diese Behandlung wurde früher in der Röntgendiagnostik unter Benutzung eines thoriumhaltigen radioaktiven Kontrastmittels angewendet. Ferner soll die Feststellung etwaiger Spätwirkungen untersucht werden. Statistische Erhebungen und die Auswertung des gesammelten Materials zur Feststellung einer Beziehung zwischen der erhaltenen Dosis und ihren biologischen Wirkungen vervollständigen dieses Forschungsprojekt, das je zur Hälfte von Euratom und dem Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung der Bundesrepublik Deutschland finanziert und bezahlt wird.

DATF



CORK

ZB 8'67

Nr. 8 · August 1967 · 12. Jahrgang

Inhalt:

Seite	II	Für Sie notiert
Seite	2	Eigentliche Aufgaben. Von Dr. Bruno F. Schneider
Seite	3	Wenn Bonn brennt — Katastrophenschutz-Einsatzübung 1967. Von Brandoberinspektor Karlheinz Gehrman, Bonn
Seite	10	Luftrettungsstaffel West
Seite	12	Israel zwischen Krieg und Frieden — Ein Land, in dem Zivilschutz selbstverständlich ist. Von Helmut Freutel
Seite	14	Miniklinik — Sanitätshilfsstellen des Schweizer Zivilschutzes. Von Dr. P. Enzmann, Basel
Seite	18	Auch der Osten sorgt vor. — Zivilschutz jenseits der Elbe. Von Werner A. Fischer
Seite	22	Katastrophenalarm — Eine Übung mit 720 Helfern. Von Kreisamtmann Teklote
Seite	24	Selbstschutz seit Generationen
Seite	26	Fortschritte in der LASER-Technik
Seite	27	Neue Bücher
Seite	28	Wettkämpfe in glühender Sonne. Von Ingeburg Heyer
Seite	30	Walter Bargatzky DRK-Präsident / Lehrgänge der Bundesschule
Seite	31	Landesstellen berichten
Seite	III	Ufa dreht in der Bundesschule
Seite	IV	ZB im Bild



Zu unserem Titelbild: Explosion und Brandkatastrophe — so lautete die Alarmmeldung für eine Katastrophenschutzübung in Bonn, bei der alle beteiligten Hilfsorganisationen unter realistischen Bedingungen ihr Können bewiesen.
Foto: H. W. Sütterlin

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesluftschutzverband, 5 Köln, Merlostraße 10—14, Telefon 72 01 31

ZB erscheint monatlich

Chefredakteur:
Dr. Bruno F. Schneider

Redaktion:
Helmut Freutel
Alfred Kirchner
Dr. Clemens Schocke

Layout und Grafik:
Hannelore Apitz

Druck, Verlag und Anzeigenverwaltung:
Münchner Buchgewerbehäus GmbH
8 München 13, Schellingstraße 39—41
Tel. 22 13 61

Anzeigensachbearbeitung:
Hans Horsten
Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste 3/D

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion
Für unverlangte Beiträge keine Gewähr
Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug,

ist nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet
Einzelpreis je Heft DM 1,50 zuzüglich Porto
(Österreich: öS 10,—, Schweiz: Fr. 1,80,
Italien: L 250,—)

Abonnement vierteljährlich DM 4,50
zuzüglich DM 0,09 Zustellgebühr

Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalendervierteljahres erfolgen.

Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Verlag eingehen.
Bestellungen bei jedem Postamt oder beim Verlag.



Eigentliche Aufgaben

Spätestens um die Jahreswende wurde deutlich erkennbar, daß das Selbstschutzgesetz in der vorgesehenen Form nicht in Kraft treten würde. So wurde „Selbstbesinnung und Konsolidierung“ das Motto unserer Arbeit, mit dem Ziel, unsere Aufgaben auch in Zukunft wieder auf freiwilliger Basis zu erfüllen.

Diese Arbeit hat verständlicherweise zu lebhaften Diskussionen in Helferkreisen geführt. Fast jeder fühlt sich berufen, mit Vorschlägen zur Verbesserung unserer Struktur aufzuwarten. Entsprechende Vorschläge waren Gegenstand der Erörterung im Vorstand und in der Mitgliederversammlung des BLSV. Sie liegen jetzt zur Entscheidung vor. Ehe allerdings Endgültiges zu erfahren ist, wird die Sommerpause verstrichen sein.

Angesichts dieser sicher nicht erfreulichen Situation kommt nun in unseren eigenen Reihen ein neuer Begriff in Mode: Man betont unsere „eigentlichen Aufgaben“, auf die wir uns gerade jetzt konzentrieren sollen, und visiert bei ihrer Auslegung ängstlich Gesetzestexte und Vorschriften an. „Selbstbesinnung und Konsolidierung“ war eine Flucht nach vorn, der neue Slogan aber schmeckt nach Resignation, nach „nur nicht auffallen“.

Fragt man nach unseren „eigentlichen Aufgaben“, darf man nicht in erster Linie in den Satzungen des Verbandes, dem Ersten Gesetz über Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung und den Ausbildungsvorschriften suchen. Der BLSV ist eine Ge-

meinschaft von Männern und Frauen mit staatsbürgerlichem Verantwortungsbewußtsein und Hilfsbereitschaft. In humanitärer Betätigung, im Dienst am Nächsten sehen sie ihre eigentliche Aufgabe.

Dabei bietet ihnen der BLSV zweifellos ein breites Betätigungsfeld; aber niemand sollte die zahlreichen Helfer daran hindern, darüber hinaus überall dort zuzupacken, wo Hilfe gebraucht wird. So haben beispielsweise Selbstschutzhelfer in einer kleinen Gemeinde bei den Aufräumarbeiten nach einem Erdbeben geholfen, andere eine verfallene Schutzhütte im Wald abgerissen und eine neue aufgebaut. Wieder andere haben sich in großem Umfang an gemeinsamen Blutspendeaktionen mit dem Deutschen Roten Kreuz beteiligt, haben ein Frühlingsfest veranstaltet und den Erlös einer Krankenhausverwaltung für die Pflege körperbeschädigter Kinder übergeben; schließlich haben BLSV-Helfer das Pflegepersonal in Krankenhäusern durch ehrenamtlichen Einsatz entlastet.

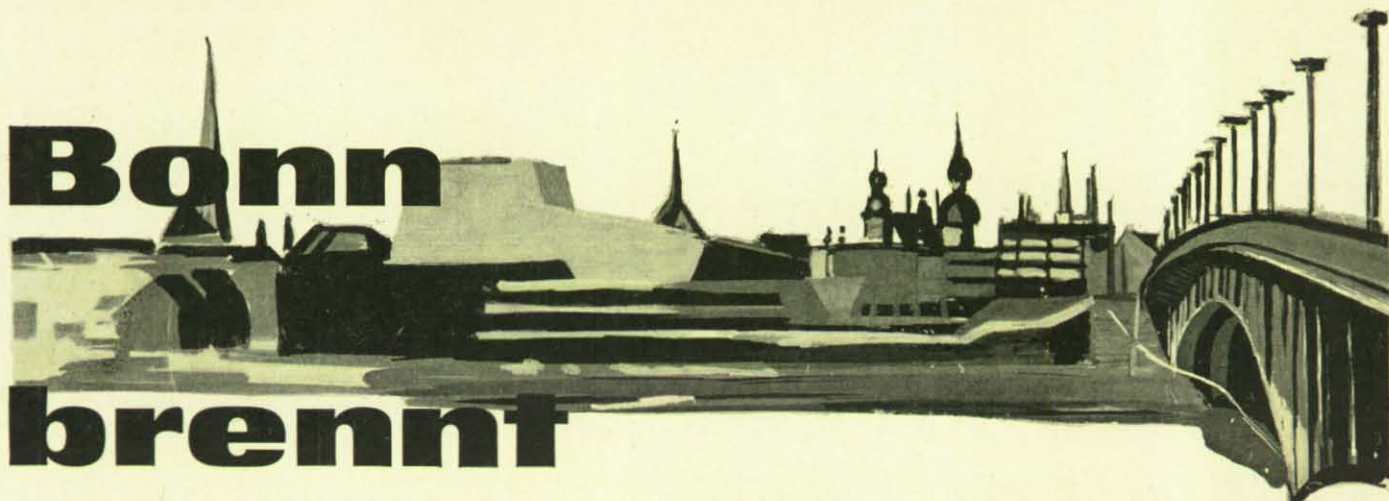
Wer wollte den Helfern aus solchen spontanen Beweisen der Hilfsbereitschaft einen Vorwurf machen? Wer glaubt ernsthaft, daß darunter die Aufgaben des Verbandes leiden? Die Männer und Frauen, die sich in den genannten Beispielen eingesetzt haben, wissen sehr wohl, daß diese nicht in den gesetzlichen Aufgabenbereich des BLSV gehören. Aber sie haben geholfen, weil für sie das „Helfen“ eine Frage der inneren Haltung ist.

Dr. Bruno F. Schneider

Wenn

Bonn

brennt



Die Stadt Bonn in ihrer einmalig schönen Lage, am Übergang vom Niederrhein zum Mittelrhein, Bundeshauptstadt, liegt mit einer Bevölkerungsdichte von rd. 4500 Einwohnern auf einen km² an der Spitze aller Städte im Bundesgebiet. Die Gesamtfläche des Stadtgebietes umfaßt 3130 ha. Sie ist damit die territorial kleinste Großstadt im Bundesgebiet. Diese Ballung bringt besondere Probleme in zivilschutzmäßiger Hinsicht mit sich, insbesondere weil das Stadtgebiet bis auf kleine Randgebiete eine Häusermasse bildet. Unter diesen Voraussetzungen treten bei der Planung von Katastrophenschutz-Einsatzübungen größeren Stils immer Schwierigkeiten auf, geeignete Objekte zu finden. Dieses Jahr war das Amt für Feuer- und Zivilschutz der Stadt Bonn aber in der glücklichen Lage, für die am 8. Juli 1967 durchgeführte Katastrophenschutz-Einsatzübung Bonn 1967 ein entsprechendes Übungsobjekt zur Verfügung zu haben. Es handelte sich um ein ehemaliges Fabrikgelände mit mehreren in halboffener Bauweise errichteten Gebäuden, welches kurz vor dem Abriß stand. Dieses Übungsgelände lag so günstig, daß es allen beteiligten Fachdiensten die Möglichkeit einer guten Entfaltung bot. Aus Gründen eines realistischen Ablaufs der Übung konnten ein Gebäudekomplex von 60 x 30 m und ein Maschinenhaus echt in Brand gesteckt werden.

Die Übung erhielt das Thema: „Explosion und Brandkatastrophe in der Lederfabrik!“ Die Fachdienste wurden vor Aufgaben gestellt, wie sie zu jeder Stunde in einer Stadt auftreten können.

Schon bei der Planung der Übung stellten sich 4 Aufgaben heraus, die besonders interessant zu werden versprochen:

1. Es sollte festgestellt werden, ob das Arbeiten der Führungsstäbe (Katastrophenschutz-Abwehrleitung — KAL und der Technischen Einsatzleitung — TEL) mit den vorhandenen Führungsmitteln reibungslos abläuft.

2. Die in Bonn stationierte, zur Erprobung

* Der Verfasser ist Abteilungsleiter für Zivilschutz im Amt für Feuer- und Zivilschutz der Stadt Bonn.

stehende Wasserförderbereitschaft setzte erstmalig einsatzmäßig Gasturbinen-Tragkraftspritzen 36/8 und 40/7 zur Förderung von Löschwasser über lange Schlauchstrecken ein.

3. Durch die geschickte Wahl der Übungsannahmen war es möglich, einen Selbstschutzzug des Bundesluftschutzverbandes als Betriebs selbstschutzzug in die Übung mit einzubeziehen.

4. Am Schluß der Übung sollte der im Brandobjekt stehende Schornstein durch das Technische Hilfswerk, deren Männer der LS-Bergungsbereitschaft angehören, gesprengt werden.

Da auch andere Städte im Rahmen der Ausbildung ihrer Führungsstäbe und Fachdienste vor ähnliche Aufgaben gestellt werden, dürften die daraus gewonnenen Erfahrungen, nach Meinung des Verfassers, von allgemeinem Interesse sein.

Die Übung

Allgemeine Lage:

Um 07.20 Uhr wurde in Bonn Katastrophenschutzalarm — Alarmstufe IV, Vollalarm — ausgelöst. Die Katastrophenschutzabwehrleitung besetzt die dafür vorgesehenen und eingerichteten Räume in der Feuerwache. Sie ist ab 08.10 Uhr arbeitsfähig und über Funk und Telefon zu erreichen.

Erläuterungen: (Grundlage der Übung)

Die Berufsfeuerwehr erhielt um 07.12 Uhr folgenden Notruf:

Explosion und Großbrand in der Lederfabrik, viele Verletzte, kommen Sie sofort! Sie rückt sofort mit allen verfügbaren Kräften aus. Um 07.18 Uhr erfolgt die erste Rückmeldung: Brandkatastrophe größten Ausmaßes, viele Verletzte, K-Abwehrleiter ist zu verständigen mit der Bitte, K-Alarm auszulösen. Benötigen dringend Verstärkung! Darauf erfolgt die o. a. Auslösung des K-Alarms.

Mit dem Auslösen des K-Alarms werden die Fachdienstleiter und Fachdienstführer durch die K-Meldestelle (Nachrichtenzentrale der Berufsfeuerwehr) alarmiert. Die Fachdienst-

Katastrophenschutz- Einsatzübung

Bonn 1967

von Brandoberinspektor

Karlheinz Gehrman*

leiter begeben sich daraufhin zur Katastrophen-Abwehrleitstelle und bilden die Katastrophenabwehrleitung KAL-Ort. Die Fachdienstführer alarmieren ihre Fachdienste und sammeln in den vorgesehenen Bereitstellungsräumen ihre Einheiten. Die Einsatzfähigkeit melden sie dem K-Abwehrleiter, der sie zur Einsatzstelle beordert. Die Fachdienstführer bilden auf der Einsatzstelle die Technische Einsatzleitung — TEL —.

Besondere Lage:

Explosion und Brandkatastrophe in der Lederfabrik, Bonn, Am Jesuitenhof, Rheinufer. Die Fachdienste werden alarmiert.

Erläuterungen:

Auf Grund weiterer Rückmeldungen liegt folgende Situation vor:

Die Gerberei der Lederfabrik, ein Gebäudekomplex von 60 x 30 m, und das Maschinenhaus brennen in voller Ausdehnung. Das Kesselhaus ist explodiert. Die Brunnenanlage, aus der die Wasserversorgung des Betriebes sichergestellt wurde, ist zertrümmert und außer Betrieb. Im Explosionszen-

trum gelegene weitere Gebäude sind stark zerstört. Es muß damit gerechnet werden, daß viele Betriebsangehörige unter den Trümmern liegen.

Einsatz der Fachdienste:

Aus Gründen des realistischen Ablaufs wurden die Gerberei und das Maschinenhaus auf den Brand vorbereitet. Dazu wurden an verschiedenen Stellen im Innern der Gebäude große Mengen Holz und alte Autoreifen aufgestapelt, die mit Benzin gezündet wurden. Die Holzkonstruktion der Zwischendecke und des Dachstuhls, deren Dachhaut zum Teil abgedeckt war, gab dem Feuer genügend Nahrung. Trotz des Einsatzes starker Kräfte konnte der Brand lange nicht gelöscht werden. Da die Gebäude schon vorher von einer Schrottfirma ausgeschlachtet waren, die zum Teil auch tragende Kon-

An der Übung waren 465 Angehörige der verschiedenen Hilfsorganisationen beteiligt. Unser Bild: Die Helfer sind zur Abschlußkritik angetreten.

struktionen entfernt hatte, mußte zunächst von einem Innenangriff abgesehen werden. Andere Gebäude waren zum Teil schon eingestürzt. Die in den Trümmern untergebrachten Verletzten-Darsteller gaben dem Bergungsdienst genügend Möglichkeiten, ihr Können unter Beweis zu stellen. Die damit verbundenen Maßnahmen der Ersten Hilfe sowie der Transport der Verletzten waren für den Sanitätsdienst ein gutes Übungsthema.

Durch die Annahme, daß die Wasserversorgung ausgefallen sei, war die Voraussetzung für den Einsatz der Wasserförderbereitschaft gegeben. Diese stellte die Löschwasserversorgung aus dem Rhein sicher. Der Selbstschutzzug des BLSV wurde als Betriebsselbstschutzzug für die Brandbekämpfung des Maschinenhauses eingesetzt und konnte ein im Gelände vorhandenes Becken für die Wasserversorgung benutzen.

Der K- und LS-Fernmeldedienst hatten die Aufgabe, die Verbindungen von der KAL zur TEL und von den Fachdiensten zur TEL



sicherzustellen. Die wirtschaftliche Versorgung wurde, da in fast allen Fachdiensten ausgebildete Köche vorhanden sind, über drei Feldküchen (Freiw. Feuerwehr, Technisches Hilfswerk und Deutsches Rotes Kreuz) abgewickelt. Die Polizei sorgte für Absperr- und Umlenkungsmaßnahmen.

Kräfte:

Über die eingesetzten Kräfte gibt nachstehende Tabelle Auskunft:

Organisation	Stärke	Fahrzeuge
Freiwillige Feuerwehr	110	21
Technisches Hilfswerk	85	15
Sanitätsdienste DRK	52	6
Sanitätsdienste MHD	23	3
Sanitätsdienste JUH	27	3
Bundesluftschutzverband	27	—
K-Fernmeldezug	23	1
Polizei	10	3
Berufsfeuerwehr	8	1
Katastrophenabwehrleitung	20	—
Gäste und Schiedsrichter	80	—
	465	53

Übungsablauf:

- 07.00 Brandobjekt wird in Brand gesteckt
- 07.15 Verletzten-Darsteller und Schmitttrupp DRK treffen ein
- 07.45 Feldküchen nehmen Position ein
- 07.50 K-Fernmeldezug schafft die technischen Voraussetzungen für die Zusammenarbeit der KAL mit TEL
- 08.00 Verletzten-Darsteller besetzen die Einsatzstelle. Fachdienstführer, Leitungs- und Schiedsrichterdienst treffen bei der TEL ein und werden mit der Lage bekannt gemacht. Fachdienstleiter treffen bei der KAL ein
- 08.01 TEL ist arbeitsfähig
- 08.02 Meldung der Einsatzstärke der Basisorganisation aus den Bereitstellungsräumen
- 08.10 KAL ist arbeitsfähig

Eine Wasserförderbereitschaft setzte Gasturbinen-Tragkraftspritzen zur Förderung von Löschwasser über lange Schlauchstrecken ein.

- 08.20 Betriebsselbstschutzzug beginnt aus eigener Initiative mit der Brandbekämpfung
- 08.21 LS-Wasserförderbereitschaft wird abgerufen
- 08.22 LS-Fernmeldezug wird abgerufen
- 08.25 LS-Feuerwehrbereitschaft wird abgerufen
- 08.27 Sanitätsdienste werden abgerufen
- 08.28 LS-Bergungsbereitschaft wird abgerufen
- 08.30 Unfallrettungswagen der BF für echte Unfälle trifft ein
- bis 09.00 Fachdienste setzen über die TEL an die KAL Funksprüche mit Anforderungen für Zusatzgerät ab
- 09.05 KAL wird aufgelöst, weitere Führungsaufgaben übernimmt TEL
- bis 12.15 Einspielung verschiedener Sonderaufgaben: Zusätzliche Drahtverbindungen schalten, Einsatz von Preßluftatmern, Auswechseln der Pumpenaggregate, Einsatz von Leiterhebeln, Sauerstofflanzen, Schneid- und Brenngeräten



- 12.35 Ausgabe von Warmverpflegung
- 13.20 Antreten zur Schlußbesprechung und Entgegennahme der Schiedsrichterberichte
- 14.00 Räumung der Einsatzstelle und Absperrung derselben für die Sprengung
- 14.15 Sprengung des Schornsteines
- 14.30 Abrücken in die Unterkünfte bis 16.00 Klarmachen der Fahrzeuge

Erläuterungen:

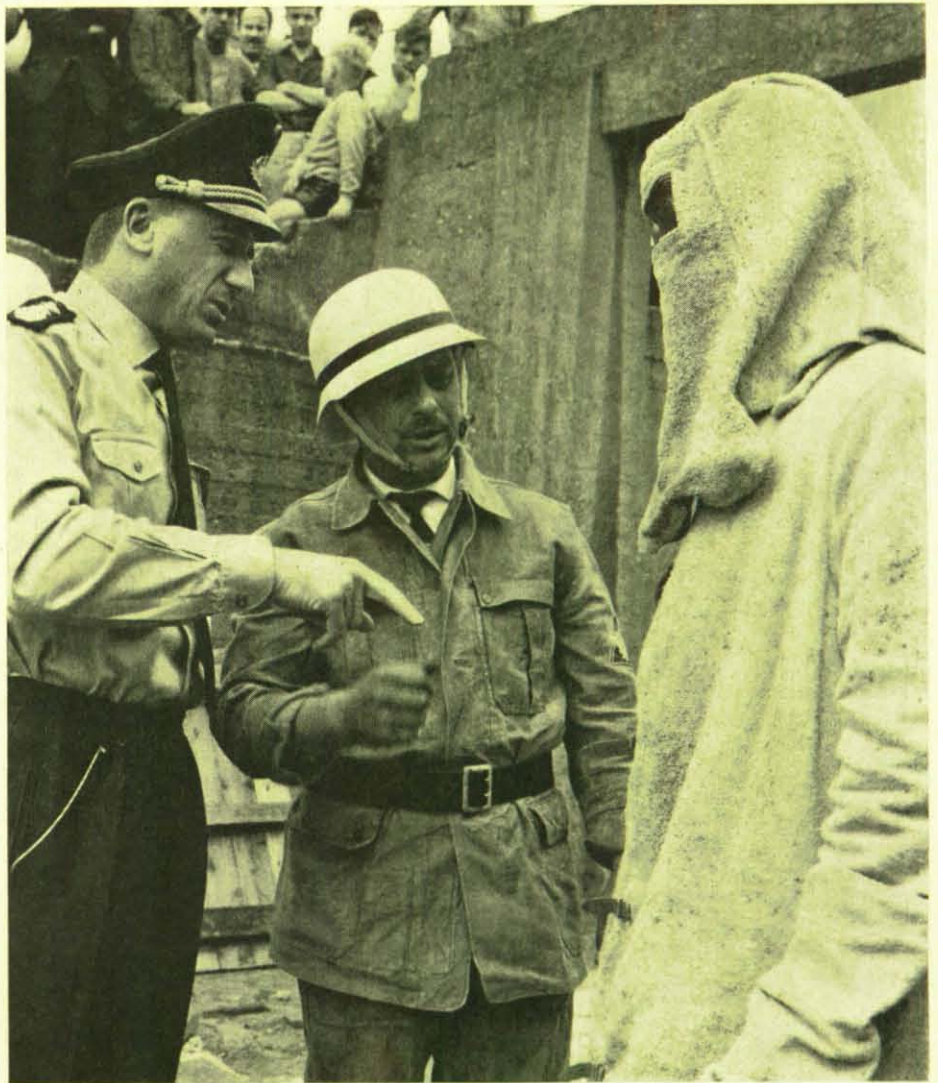
Der Kritiker wird vielleicht beanstanden, daß die Planung einen zu starken Einfluß auf das Übungsgeschehen ausgeübt hat. Bedenkt man aber, daß es nur eine schmale Zufahrtsstraße zum Übungsprojekt gab, über die mehr als 40 Fahrzeuge in einer kurzen Zeit in das Übungsgelände eingeschleust werden mußten, so wird klar, daß eine gewisse Koordinierung für den reibungslosen Ablauf unbedingt notwendig war.

Folgerungen:

- Das von der Übungsleitung gesteckte Ziel, a) die Zusammenarbeit der Führungsstäbe (KAL und TEL) mit den vorhandenen Führungsmitteln (Funk- und Drahtverbindungen) echt einsatzmäßig sicherzustellen, b) die Führungskräfte der Fachdienste in der Beurteilung der Lage, Entschlußfassung und Befehlsgebung zu schulen, c) die Helfer auf ernstfallmäßige Aufgaben vorzubereiten, d) die Zusammenarbeit der Fachdienste untereinander zu fördern und e) den Ausbildungsstand aller Beteiligten festzustellen, wurde erreicht.

Bei der Auswertung der Übung ergaben sich bestimmte Punkte, die der Verfasser wegen des allgemeinen Interesses in nachfolgender Zusammenstellung erläutern möchte:

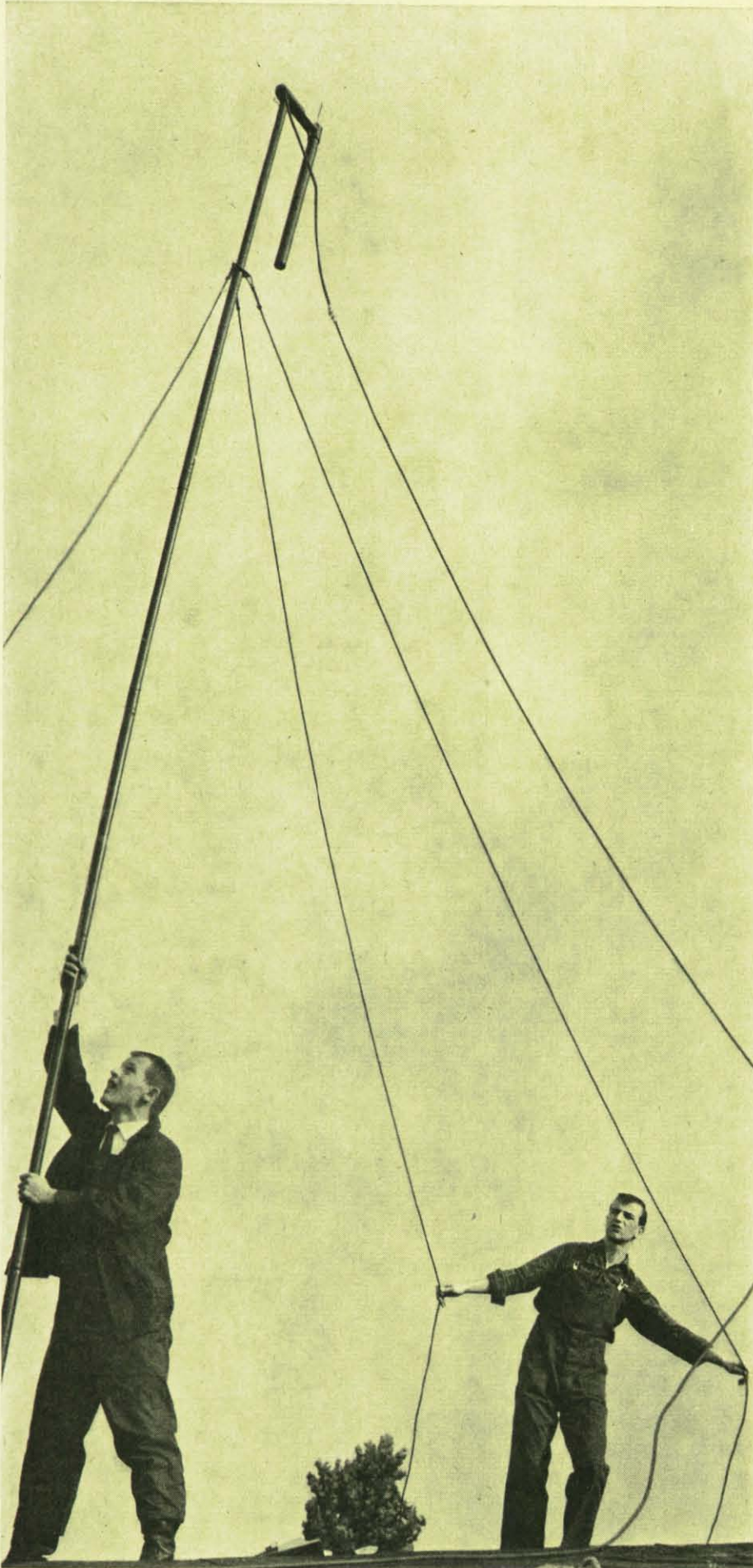
1. Die Ausbildung der Fachdienste ist so weit fortgeschritten, daß alle gestellten Aufgaben gelöst wurden. Man sollte aber beachten, daß die Übung „angesetzt“ war. Dadurch waren die Fachdienste fast vollzählig zur Stelle. Schon Wochen vorher wurde über die Übung gesprochen, so daß jeder dabei war, der nur konnte und dabei sein wollte. Wie sieht es aber im Ernstfall aus? Sind die in den Fachdiensten praktizierten Alarmierungsmöglichkeiten sicher und ausreichend? Um hierüber eine genaue Antwort zu erhalten, sollte man nicht scheuen, Alarmübungen anzusetzen.
2. Bisher sorgte die Übungsleitung für die Versorgung der Fachdienste. Da aber bei allen größeren Fachdiensten ausgebildete Köche vorhanden sind, sollte einmal festgestellt werden, ob diese in der Lage sind, ihre Fachdienste selbst zu versorgen. Diese Aufgabe wurde hervorragend gelöst. Drei Feldkochherde wurden eingesetzt (Freiw. Feuerwehr, Technisches Hilfswerk und Deutsches Rotes Kreuz); ein unausgeschriebener Wettkampf begann. Wer jedoch auf die traditionelle Erbsensuppe wartete, wurde bitter enttäuscht und war andererseits überrascht, was die Köche aus ihren Feldkochherden zauberten. Da gab es: Eisbein mit Sauerkraut, Ungarisches Gulasch und



Zum Einsatz mit der Sauerstofflanze hat ein THW-Helfer den Asbest-Schutzanzug angezogen, den Branddirektor Diekmann begutachtet.

Helfer des Malteser-Hilfsdienstes haben einen Verletzten geborgen und bringen ihn durch schwieriges Gelände zur Sammelstelle.





sogar Kohlrouladen. Daneben wurden Nachspeisen angeboten, wie Apfelmus, Quarkspeise oder Joghurt mit Erdbeeren. Ein Speisezettel also, der alle Beteiligten überraschte. Der Koch der Freiw. Feuerwehr hatte sogar auf einem Lkw einen Kühlschrank mitgebracht, der über ein Notstromaggregat betrieben wurde, damit die Nachspeise auch kalt serviert werden konnte.

3. Durch den von der Übungsleitung angestrebten realistischen Ablauf der Übung (es wurden das Maschinenhaus und die Gerberei echt in Brand gesteckt, es waren genügend verträmmerte Gebäude vorhanden) wurden alle Fachdienste zu enormen Leistungen angespornt. Um auch für echte Unfälle gerüstet zu sein, wurde ein Unfallrettungswagen der Berufsfeuerwehr bereitgestellt. Er brauchte allerdings nicht in Aktion zu treten.

4. Für das Anzünden der Brandobjekte (Gerberei und Maschinenhaus) wurde ein sogenanntes „Brandstifterkommando“ gebildet, welches schon drei Stunden vor Beginn der Übung in Aktion trat. Da es sich bei der Gerberei um einen Naßbetrieb handelte, in dem zwar viel Holz, allerdings nasses, vorhanden war, wurden die Brandnester sorgfältig vorbereitet. An drei Stellen der Gerberei wurden richtige Scheiterhaufen aufgebaut, die noch durchalte Autoreifen und Altöl verstärkt wurden. Zwei Stunden vor Beginn wurde gezündet. Diese Zeit war unbedingt erforderlich, um einen echten Großbrand darzustellen.

5. Aus Gründen der kameradschaftlichen Verbundenheit wurde ein Se-Zug des Bundesluftschutzverbandes als Betriebsselbstschutzzug eingesetzt. Trotz des großen Unterschiedes hinsichtlich der Geräteausstattung gegenüber den anderen Fachdiensten machten die Helfer diesen Mangel durch großen Idealismus wieder wett. Ihre

**Ein Antennenmast wird aufgerichtet.
Er dient zur Nachrichten-
übermittlung während der Übung.**



Aufgabe war es, den Brand im Maschinenhaus zu bekämpfen.

6. Der Einsatz von zwei Zügen der LS-Wasserförderbereitschaft, die über eine Strecke von 1000 m 4000 l/min unter Verwendung von „F“-Druckschläuchen (150 mm ϕ) die Löschwasserversorgung sicherstellen mußten, verlief schnell und reibungslos.

Auch die Verwendung der zum ersten Male einsatzmäßig eingesetzten Wasserförderbereitschaftsaggregate TST (Tragkraftspritzenturbine) 36/8, bestehend aus einer einstufigen KSB-Kreiselpumpe und einer BMW-Gasturbine und einer TST 40/7, bestehend aus einer einstufigen Magirus-Kreiselpumpe

BLSV-Helfern fiel im Rahmen der Übung die Aufgabe zu, einen Brand, der im Maschinenhaus entstanden war, zu bekämpfen.

und einer Deutz-Gasturbine, entsprach voll den Erwartungen.

7. Die Sprengung des Schornsteines wurde vom Technischen Hilfswerk durchgeführt. Dazu wurden 8 Bohrlöcher angebracht, die mit je 600 Gramm Amon-Gelit 3 gefüllt wurden. Die verwaltungsmäßigen Voraussetzungen und Genehmigungen zur Sprengung brachten allerdings einen großen Arbeitsaufwand mit sich. Diese Maßnahme

wäre beinahe gescheitert, da die Frage der Haftpflichtversicherung im Umkreis von 100 m von der Sprengstelle zunächst nicht zu lösen war. Hier sollte man bei ähnlichen Objekten frühzeitig mit der Klärung solcher Dinge beginnen.

8. Das Übungsziel wurde auch auf die Ausbildung der Führungsorgane konsequent ausgedehnt. Für ein reibungsloses Zusammenarbeiten der Katastrophenabwehrleitung mit der Technischen Einsatzleitung, die räumlich etwa 2 km voneinander entfernt arbeiteten, wurden durch den K-Fernmeldezug der Stadt Bonn die entsprechenden Nachrichtenverbindungen geschaffen. Für die KAL stand eine eigens dafür ein-



gerichtete Funkleitstelle und für die TEL ein Funkbrückenwagen zur Verfügung, der gleichzeitig auch über eine OB-Vermittlung 2/10 Verbindung zu den einzelnen Fachdiensten hatte. Bevor die Drahtverbindungen hergestellt waren, wurden tragbare Funkgeräte im 2-m-Band eingesetzt.

9. Die Verletzten wurden zu schnell geborgen. Das liegt wohl auch daran, daß sie zu leicht aufzufinden waren. Hier wird es wohl immer eine gewisse Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis geben.

10. Die beiden Angriffszüge der LS-Feuerwehrbereitschaft hatten zur Brandbekämpfung 4 B- und 8 C-Rohre vorgenommen. Dieses Objekt war für die Feuerwehr eine gute Möglichkeit, ihre Schlagkraft unter Beweis zu stellen.

Schlußbetrachtung

Der vorhandene Übungsraum war für die Anzahl der Helfer ein klein wenig zu beengt. Dies ist aber auch in der Tatsache begründet, daß alle dabei sein wollten. Unter diesen Gesichtspunkten sollte man diesen Mangel gern in Kauf nehmen.

Unter den Augen der geladenen Gäste ist die Übung gut abgelaufen. Die aus den Schiedsrichterberichten herausgestellten Mängel betrafen nur kleinere Fehler, die darauf zurückzuführen sind, daß die Helfer mit Übereifer an die Erledigung ihrer Aufgaben herangingen. Als besonders wertvoll ist zu verzeichnen, daß die gute kameradschaftliche Verbundenheit aller Kräfte, die im Katastrophenschutz zusammenarbeiten, weiter ausgebaut werden konnte.

Durch geschickte Wahl der Übungsannahmen war es möglich, BLSV-Helfer als Betriebs-selbstschutz-zug in die Übung mit einzubeziehen.

THW-Helfer stellen sich bereit, um mit Atmungsgeräten zur Bergung Verschütteter in die Brandruine einzudringen.



Luftrettungsstaffel West



Oben: Unser Bild zeigt Piloten der Luftrettungsstaffel West, die mit 28 Flugzeugen zum Flughafen Hangelar bei Bonn gekommen waren.

Rechte Seite: Auch Frauen gehören der Luftrettungsstaffel an. Hier erhält eine Pilotin durch Präsident Hampe das Staffelabzeichen.

Der jüngste, aber auch modernste Zweig unseres Katastrophenschutzes ist der Freiwillige Luftrettungsdienst. Als kürzlich einigen Leuten eine Einladung ins Haus flatterte, an der Vorstellung der Staffel West des Freiwilligen Luftrettungsdienstes auf dem Flugplatz Hangelar bei Bonn teilzunehmen, waren die meisten Empfänger überrascht. In aller Stille hatte die Deutsche Gesellschaft für Hubschrauberverwendung und Luftrettungsdienst e. V. unter Vorsitz von Erich Hampe in enger Zusammenarbeit mit dem Deutschen Aero-Club und dessen Landesverband Nordrhein-Westfalen eine Organisation aufgestellt, die künftig im Katastrophenschutz als ein zusätzliches, höchst modernes Instrument zur Verfügung steht. Auf acht Flugplätzen in Nordrhein-Westfalen wurden Stützpunkte eingerichtet. Fliegerclubs, private Flugzeughalter und Firmen, welche eigene Flugzeuge besitzen, haben sich bereit erklärt, im Notfall mit ihren 35 Flugzeugen und Hubschraubern Hilfsflüge durchzuführen. Rund 50 erfahrene Piloten wurden ausgesucht. Sie alle haben eine größere Zahl von Flugstunden aufzuweisen, sind teilweise sogar Fluglehrer und Berufsflyzeugführer. Dennoch schließen

solch hohe Anforderungen nicht aus, daß auch Frauen mit dabei sind. Um der Öffentlichkeit zu beweisen, daß die neue Organisation nicht nur auf dem Papier besteht, hatte der Vorsitzende und Initiator zu einem Treffen gebeten, und 28 ein- und zweimotorige Flugzeuge sowie ein moderner Turbinenhubschrauber trafen pünktlich in Hangelar ein.

Vorsitzender E. Hampe nannte die Bereitschaft der Flieger, sich am Luftrettungsdienst zu beteiligen, ein nicht zu übersehendes Zeichen für staatsbürgerliche Gesinnung. Das Ausland ist nach den Darlegungen von E. Hampe auf dem Gebiet der fliegenden Hilfeleistung zum Teil schon beträchtlich weiter. Zwar muß man zwischen zwei verschiedenen Organisationsprinzipien unterscheiden. In einigen Ländern liegt das Schwergewicht auf staatlichen Einrichtungen, die über Luftfahrzeuge und besonders Hubschrauber in größerer Zahl verfügen, so in Frankreich bei der Gendarmerie und dem Zivilen Bevölkerungsschutz, in Italien bei der Polizei und den staatlichen Feuerwehren, in England bei der militärischen Küstenwache. In anderen Ländern zeigen sich dagegen Selbsthilfe der

Bevölkerung und freiwillige Betätigung der Fliegerkreise im Vordergrund, so in der Schweiz die Rettungs-Flugwacht — neuerdings im Rahmen des Eidgenössischen Roten Kreuzes —, in Schweden Bedarfsflugverkehrsfirmer in Verbindung mit Versicherungen und das Freiwillige Fliegerkorps. Ideale Verhältnisse, die eine weite Verbreitung der Hilfe aus der Luft und ein ausreichendes Potential auch für große Katastrophenlagen sicherstellen, sind dann gegeben, wenn staatliche Einrichtungen durch die Mitarbeit von Freiwilligenorganisationen ergänzt werden. Dies ist z. B. in den USA der Fall, wo die Polizei zwar in weit stärkerem Maße als in Europa über Hubschrauber verfügt, es aber außerdem die freiwillige Organisation der Civil Air Patrol gibt. Die staatlichen Einrichtungen können niemals so umfangreich sein, daß sie allein mit jeder Lage fertig werden. Es wäre viel zu unwirtschaftlich, dafür genügend Luftfahrzeuge und Personal ständig bereitzuhalten. Man würde im Extremfall Flotten von Flugzeugen und Hubschraubern benötigen, und unter Umständen gerade dann, wenn die Streitkräfte für Verteidigungsaufgaben bereitstehen müssen. Die Luftflotten sind aber

in Wirklichkeit vorhanden, nämlich als zivile Sport- und Reiseflugzeuge in Privathand. Rund 4000 gibt es davon schon in der Bundesrepublik.

Die in früheren Jahren eingeleiteten und mehrfach wiederholten Bemühungen, in unserem Lande die Einrichtung eines behördlich organisierten Luftrettungsdienstes in der Form eines öffentlich geförderten Pools oder mit staatseigenem Luftfahrtgerät zu erreichen, müssen nach den Ausführungen von E. Hampe vorerst als gescheitert angesehen werden. Das soll und kann keinesfalls bedeuten, daß man einen solchen Dienst nicht als erforderlich ansehen könnte; er muß das Fernziel bleiben. Luftrettungsdienste der öffentlichen Hand kann man mit den Berufsfeuerwehren vergleichen, die viele Vorteile haben, die man aber auch nur in begrenzter Zahl unterhalten kann. Die Gestellung von fliegender Hilfe durch die Polizei, den Bundesgrenzschutz und die Bundeswehr, die nur aus hilfswise gewährt werden kann, da die Träger primär andere Aufgaben haben, ist nicht ausreichend. Sie entspricht im Umfang nicht den heutigen Möglichkeiten beim gegenwärtigen Stand der Technik und auch nicht den Erfordernissen der Unfallhilfe und Katastrophenabwehr.

Wenn sich in Deutschland die Organisation freiwilliger Fliegergruppen zur Leistung von Katastrophenhilfe aus der Luft nun als leichter herausstellt, als man ursprünglich angenommen hatte, dann ist es zweifellos richtig, diesen Weg zunächst einmal zu gehen. Solche Gruppen sind mit der Freiwilligen Feuerwehr zu vergleichen. Sie können zwar die zur Zeit nicht realisierbaren staatlichen Einheiten, wie z. B. Hubschrauberstaffeln des Zivilschutzes und dergleichen, gewiß nicht voll ersetzen. Aber sie können im Rahmen ihrer Möglichkeiten doch einen Teil der Aufgaben übernehmen und Lücken schließen.

Starrflächenflugzeuge bilden die Masse des Luftfahrtgerätes, das für die freiwillige Mitwirkung im Luftrettungswesen in Betracht kommt. Es gibt nur sehr wenige zivile Hubschrauber in Deutschland. Starrflügler, wie man sie auch nennt im Gegensatz zu Drehflüglern, können nicht senkrecht starten und landen, somit also wohl in den seltensten Fällen direkt Hilfe bringen. Doch gibt es eine ganze Menge anderer Aufgaben, die sie im Katastrophenschutz ebenso übernehmen können wie Hubschrauber. „Wer über den Dingen steht, sieht mehr!“ sagte B. Liscutin, der Einsatzleiter der Staffel West, in seinem Vortrag. Er umriß als Hauptaufgaben der Flieger die Erkundung von

Schadenslagen, Hilfe für die Führung im Katastrophenschutz, Überwachung und Sicherung der Einheiten auf der Erde im Einsatz sowie den Antransport von wichtigen Gegenständen. Die Flugzeuge sollen keinesfalls vorhandene Teile des Katastrophenschutzes ablösen oder ihnen Konkurrenz machen, sondern lediglich ergänzen. Aufbau und Einsatz von freiwilligen Luftrettungseinrichtungen sind grundsätzlich nur

allen Bundesländern solche fliegenden Hilfseinheiten zur Verfügung haben werden. Der Aufbau des Freiwilligen Luftrettungsdienstes in der Bundesrepublik ist — das kann man ohne Schmälerung der Verdienste aller anderen Beteiligten sagen — vornehmlich das Werk eines Mannes, der wohl zu Deutschlands rühmlichsten Pensionären zu zählen ist. Es ist dies Erich Hampe. Er, der sich schon vor dem 2. Welt-

krieg in der Technischen Nothilfe maßgebend betätigte, wurde im Kriege Kommandeur technischer Truppen. Zuletzt als Generalmajor, leistete er zerbombten deutschen Städten entscheidende Hilfe. In unglaublich kurzer Zeit wurden damals Bergungs- und Aufräumarbeiten durchgeführt und die wichtigsten Verkehrsanlagen wieder in Gang gebracht. Nach dem Kriege und der Gründung der Bundesrepublik wurde E. Hampe in das Bundesministerium berufen, legte dort maßgeblich die Grundlagen für den Neuaufbau des zivilen Luftschutzes und wurde dann von 1954 bis 1956 Präsident der damaligen Bundesanstalt für zivilen Luftschutz.

Als E. Hampe in den Ruhestand trat, hatte er weiß Gott ein beachtliches Lebenswerk vollbracht und einen ruhigen Lebensabend verdient. Doch er dachte nicht daran, selbstzufrieden auf die Vergangenheit zu schauen. Er mobilisierte alle Kräfte, die in der Bundesrepublik am Luftrettungswesen und besonders an der Hubschrauberfliegerei interessiert waren, warb für die Idee der Hilfe aus der Luft und bildete zunächst eine Arbeitsgemeinschaft für Hubschrauber Verwendung und Luftrettungsdienst. Zusammen mit Otto Rietdorf wurden in Kretz bei Andernach die Hubschrauberseminare durchgeführt, die zunehmende Beachtung fanden, nicht zuletzt bei den ausländischen Missionen. 1960 wurde schließlich aus der losen Arbeitsgemeinschaft eine Gesellschaft mit dem Rechtsstatus eines eingetragenen Vereins.

Mit unglaublicher Zähigkeit hat E. Hampe als Vorsitzender alle denkbaren Wege versucht, einen zivilen Luftrettungsdienst in der Bundesrepublik aufzubauen. Es gab manches Unverständnis und viele Enttäuschungen. Nur langsam zeigten sich Fortschritte. Wenn heute mit den Staffeln Nord und West des Freiwilligen Luftrettungsdienstes eine gute Grundlage für die Verwirklichung der fliegenden Hilfe gelegt ist, so bedeutet dies für E. Hampe, daß er noch als Pensionär seinen Verdiensten um das Gemeinwohl ein Werk hinzugefügt hat, das manchem anderen als Lebenswerk zur Ehre gereichen würde.

H. C. W., Bonn



möglich in Zusammenarbeit mit den Behörden, die für den Katastrophenschutz verantwortlich sind. Der Aufbau der Staffel Nord im Raum Schleswig-Holstein/Hamburg vor rund zwei Jahren erfolgte damals in Zusammenarbeit mit den Städten und Landkreisen. Heute stehen in diesem Raum auf 10 Stützpunkten 54 Flugzeuge zur Verfügung, die sich immer wieder an Katastrophenübungen beteiligen und auch gelegentlich schon Ernstfalleinsätze geflogen haben. Es hat sich aber gezeigt, daß künftig großräumiger geplant werden muß.

Daher wurde die Staffel West nun in enger Fühlungnahme mit den entsprechenden Stellen in Nordrhein-Westfalen auf Landesebene organisiert. Der Bereich der Staffel deckt sich in etwa mit den Landesgrenzen. Somit dürfte eher gewährleistet sein, daß die Einsatzgruppen sowohl von den höchsten Landesstellen zentral als auch bei kleineren Katastrophenlagen und einzelnen Notfällen von den Ortsbehörden in Anspruch genommen werden können.

Die Vorstellung der Staffel West fand auch bei den anwesenden Beobachtern aus anderen Bundesländern, so besonders aus dem benachbarten Rheinland-Pfalz, großes Interesse. Die Idee des Freiwilligen Luftrettungsdienstes, bestehend aus Sport- und Privatfliegern, die ihr Fluggerät gleich mitbringen, hat bei den Fliegern gezündet. Man muß nicht Prophet sein, um zu sagen, daß wir bald in weiteren, vielleicht sogar in



ישראל

Israel zwischen Krieg und Frieden

Ein Land, in dem Zivilschutz
selbstverständlich ist

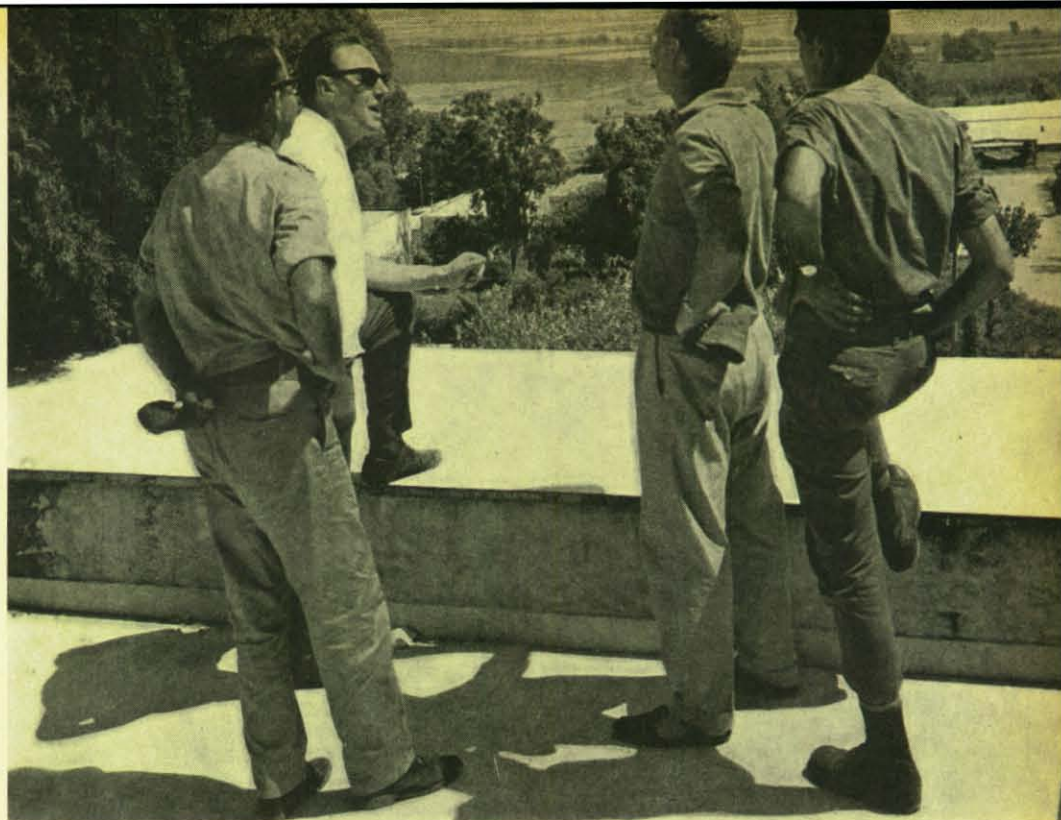


Nur sechs Tage dauerte der Krieg in Nahost. Dann endete er mit einem Waffenstillstand. Doch Waffenstillstand bedeutet hier nicht Frieden. Noch steht man Gewehr bei Fuß. Dann und wann gibt es mehrstündige, ja mehrtägige Kämpfe in der Suez-Kanal-Zone, Flugzeuge werden abgeschossen, Schiffe versenkt. Es gibt Tote und Verwundete und Beschuldigungen auf beiden Seiten. Presse, Funk und Fernsehen sowie die Wochenschauen haben ihre Berichtserstatter an den Brennpunkten des Geschehens. Sie informieren die Bevölkerung in allen Ländern der Welt täglich über die Vorgänge, die, darüber gibt es keinen Zweifel, die Lunte am Pulverfaß der Weltgeschichte der Gegenwart sind. Militärische Maßnahmen, Flüchtlingsprobleme, das Tauziehen der Politik und die Bemühungen der UNO um Recht und Frieden stehen dabei im Vordergrund. Das Thema „Zivilschutz“ wird nur selten berührt. Um zu erfahren, wie dieses Land seine Zivilbevölkerung gegen die Bedrohungen durch Kriegshandlungen schützt, flogen Redakteur Helmut Freutel und Bildberichterstatter Günter Sers nach Israel. In diesem Heft geben sie nur einen kurzen Überblick über ihre Eindrücke. Eine ausführliche Berichterstattung erfolgt in den nächsten Ausgaben.

*

Fragt man mich nach dieser Informationsreise durch das Gelobte Land nach meinen Eindrücken, so möchte ich nur kurz antworten: „Israel ist ganz anders!“ — und zwar anders als es in unserer Vorstellungswelt existiert. Unsere christliche Religion bringt uns von Jugend an dieses Land nahe. Es entwickelt sich die Vorstellung von einem romantischen Land. Doch hier gibt es keinen Platz für Romantik. Israel ist ein hartes Land, hart wie seine konfliktreichen Epochen, hart und ernst wie sein Ringen mit dem widerspenstigen Boden, wie der Kampf um seine Existenz. Die strategische Lage Israels zwischen Europa und Asien hat es stets zu einem umkämpften Land gemacht. Syrer, Ägypter, Philister, Griechen, Römer, Kreuzfahrer, Moslems und die Türken des ottomanischen Reiches fielen im Laufe der Jahrhunderte ein und nahmen es in Besitz. Spuren dieser geschichtlichen Entwicklung finden sich noch heute im ganzen Land.

Der Staat Israel, der erst am 14. Mai 1948 ausgerufen wurde, ist seit seiner Existenz ein Land zwischen Krieg und Frieden. Doch nicht die große Politik interessiert uns bei unserem Besuch, nicht die Strategie der Militärs und das Tauziehen um die im Krieg eroberten Gebiete. Wir wollten wissen, wie dieses Land seine Zivilbevölkerung vor der ständigen Bedrohung schützt, wie die Bevölkerung zum Zivilschutz steht und wie



Linke Seite oben: Diese junge Dame ist Fahrerin eines Ambulanzwagens der nationalen Rot-Kreuz-Gesellschaft „Roter Davidstern“. Wie viele ihrer Kameradinnen hat sie während des Beschusses von Jerusalem verwundete Zivilisten in die Krankenhäuser gefahren.

Linke Seite unten: Aufräumungsarbeiten in einem der durch die Kämpfe stark beschädigten Gebäude der Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen UNRWA in Jerusalem.

Oben: Besuch in einem Kibbuz an der jordanischen Grenze. Der Leiter, Mordechai Tamir (2. von rechts), erklärt Redakteur Helmut Freutel und Angehörigen der HAGA die Situation während der Kriegstage.

sich praktische Maßnahmen während der Kämpfe bewährt haben.

Wir sahen uns gründlich um in Städten und Dörfern, in den Kibbutzim, den Siedlungskollektiven, die aus der Notwendigkeit, ein hartes Leben zu meistern, entstanden sind. Wir sprachen mit dem Chef der HAGA, dem israelischen Zivilschutzkorps, das ein Teil der Armee ist. Wir unterhielten uns mit Offizieren und Mannschaften dieser Organisation. Wir interviewten örtliche Zivilschutzleiter und Menschen auf der Straße. Wir besichtigten die Kampfgebiete des letzten Krieges, Hilfskrankenhäuser, Vorratslager, Ausbildungsstätten und Schutzräume. Auf Zelluloid hielten wir fest, was

wir für eine Berichterstattung interessant und aufschlußreich hielten.

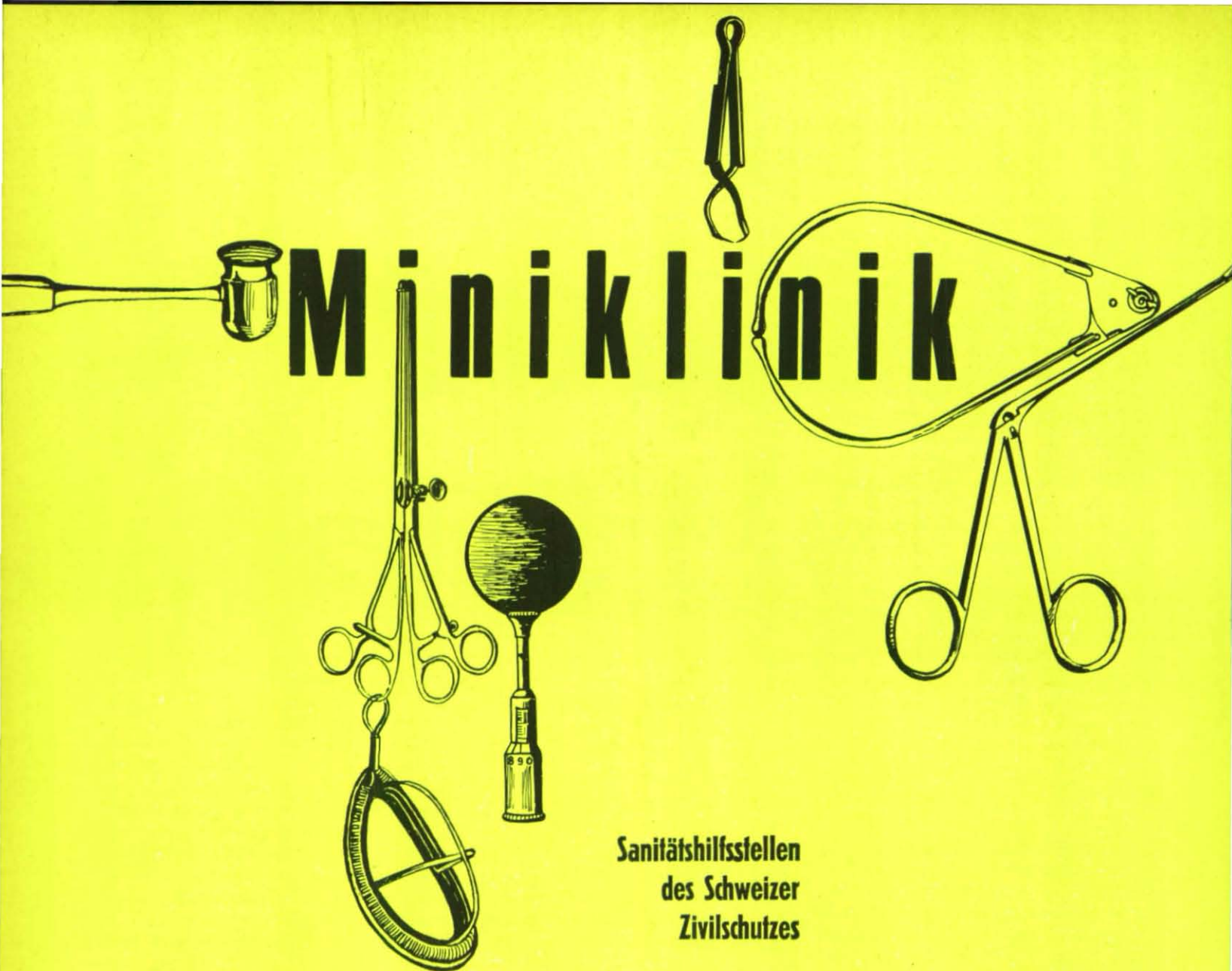
Was wir sahen und erfuhren, hat uns überrascht. Zivilschutz ist in diesem Land kein Problem, kein Zankapfel und kein heißes Eisen. Es gibt kein Für und Wider, sondern nur ein Dafür. Zivilschutz ist hier in den Augen der Bevölkerung eine Selbstverständlichkeit, eine Notwendigkeit, die dazu gehört, wenn es um Sein oder Nichtsein geht. Die Maßnahmen des Selbstschutzes sind schlicht und einfach, aber sie haben sich bewährt. Hier gibt es keinen Hang zur Perfektion, der so leicht die Entwicklung hemmt. Hier wird Improvisieren ganz groß geschrieben und alles, aber auch alles aus dem Gesichtswinkel der Zweckmäßigkeit gesehen. Verglichen mit den hochtechnisierten Warnämtern in unserem Lande sehen dort die Warnämter eher aus wie die Stuben von Elektrobastlern. Doch auch sie sind einsatzfähig und haben sich schon bewährt.

In allen Zivilschutzangelegenheiten denkt man unkompliziert, realistisch und praktisch.

Zum Dienst in der HAGA werden Männer und Frauen einberufen. Der Selbstschutz dagegen ist Aufgabe freiwilliger Helfer und eines jeden Bürgers. Das Wort Selbstschutzgegner klingt hier absurd und ist für die Menschen unvorstellbar. Selbst Kinder haben während der Spannungs- und Kriegstage entsprechend ihrem Leistungsvermögen ihren Beitrag für den Schutz der Zivilbevölkerung geleistet.

An wen wir uns auch in Israel wandten, die Aufnahme war überall herzlich und entgegenkommend. Bereitwillig gab man uns Antwort auf unsere Fragen und trug den Wünschen nach informativen Bildern Rechnung. Wir glauben, daß unsere Leser davon profitieren werden.

Helmut Freutel



Miniklinik

Sanitätshilfsstellen des Schweizer Zivilschutzes

Der nachfolgende Aufsatz — im wesentlichen redigiert vom Chef des Sanitätsdienstes, Dr. med. Steiner, und dem Chef des Material- und Reparaturdienstes, E. Siefert — wurde der Redaktion von dem Chef des Zivilschutzes der Militär-Direktion Basel-Stadt, Dr. P. Enzmann, zur Verfügung gestellt. Zum besseren Verständnis für die deutschen Leser sei darauf hingewiesen, daß man in der Schweiz den Begriff „Krankenhaus“ nicht kennt; man sagt dort „Spital“. Unter „Sanitätshilfsstelle“ wird eine Durchgangsstation verstanden. Endbehandlungsstationen sind die unterirdischen Anlagen und Einrichtungen in den friedensmäßigen Spitälern. „Notspitäler“ sind erweiterte Sanitätshilfsstellen in organisationspflichtigen Gemeinden, die über keine Spitälern verfügen.

Nach 1945 entstanden — vorerst ohne gesetzliche Grundlage — dank persönlicher Initiative und dank dem Verständnis der Behörden unter Neubauten von Schulhäusern und Wohngenossenschaften verein-

zelt Sanitätshilfsstellen, denen die Aufgabe des Feldspitals zugedacht war. Heute hat die Sanitätshilfsstelle auf Grund des Bundesgesetzes über den Zivilschutz und der Bestimmungen über die baulichen Maßnahmen im Zivilschutz ihre klar umrissene Gestalt und Aufgabe erhalten:

Sie ist im sanitätsdienstlichen Dispositiv die erste Stelle ärztlicher Hilfe. Hauswehr-Sanität und Sanitätsposten erstellen die Transportfähigkeit des Verletzten oder Erkrankten, Trägerformationen bringen ihn zur ärztlichen Versorgung in die Sanitätshilfsstelle. Diese verfügt über die materiellen Voraussetzungen, um durchschnittlich 150—200 Pflegebedürftige in Liegestellen zu betreuen. Sie bietet aber auch die Möglichkeit ambulanter ärztlicher Behandlung. Ihre reichliche Ausrüstung ermöglicht die Durchführung nicht nur kleiner chirurgischer Eingriffe, sondern gestattet auch mittelgroße Operationen.

Voraussetzung, diese Mittel wirkungsvoll einzusetzen, ist selbstverständlich die Zuteilung entsprechend ausgebildeter Ärzte sowie ärztlichen Hilfs- und Pflegepersonals. Wenn es heute auch gelingt, zahlenmäßig den Sanitätshilfsstellen genügend

dem Zivilschutz verpflichtete Ärzte und freiwillige Ärztinnen zuzuteilen, so liegt die Versorgung mit Chirurgen und operativ tätigen Fachärzten sehr im argen. Für zur Zeit 12 Sanitätshilfsstellen mit etwas mehr als 1300 Liegestellen stehen ungefähr 35 Ärzte und 20 Zahnärzte, von denen aber kaum 10 als Operateure eingesetzt werden könnten, sowie einige Apotheker zur Verfügung. Ein ernsthaftes Problem stellt die Versorgung mit Narkose-Personal, insbesondere mit Anästhesisten dar: Eine entsprechende Ausbildung von Zahnärzten ist geplant, die vorhandenen Apparate und Hilfsmittel wurden in engem Kontakt mit dem Leiter der zentralen Anästhesie-Abteilung des Bürgerspitals Basel (Prof. Dr. W. Hügin) ausgewählt und angeschafft. Diese Abteilung ist auch für die Wartung und den turnusmäßigen Gebrauch der Geräte verantwortlich.

Da zweifellos der Mangel an einsatzfähigen Spezialisten der Leistungsfähigkeit der vorhandenen Sanitätshilfsstellen und einem weiteren Ausbau Grenzen setzt, müssen diese Hilfsstellen auf zuverlässig funktionierende, zivilschutzmäßig gesicherte Spitalanlagen abgestützt werden.



Ein einfacher Operationstisch erlaubt bei guter Beleuchtung die Durchführung operativer Eingriffe.

Wir geben deshalb heute dem Bau solcher geschützter Anlagen in Spitälern den Vorzug vor einer Erhöhung der Zahl und der Kapazität der Sanitätshilfsstellen.

Bei Spitalneubauten wird darauf hingewirkt, daß 80% der normalen oberirdischen Bettenzahl vorwiegend in Form von Liegestellen (90% der Belegungsziffer), zum Teil als eigentliche Spitalbetten (10%) für schwerste Fälle im Bereiche unterirdischer Anlagen geplant werden.

Diese Zivilschutzspitäler weisen einen Schutzwert von 3 atü auf. Sie sollen im Vergleiche zu den üblichen Sanitätshilfsstellen in vermehrtem Maße Spezialausrüstungen (Operations- und Behandlungsräume, Laboratorien, Röntgendiagnostik, Apotheke, Verpflegungsdienst, Wäscherei) aufweisen. Das Funktionieren solcher Zivilschutzspitäler dürfte im Katastrophenfall durch Zuteilung des friedensmäßigen Spitalpersonals der oberirdischen Bauten bes-

ser gewährleistet sein. Überdies besteht zum mindesten teilweise die Möglichkeit, Bauten und Einrichtungen auch im Normalfall zu verwenden und damit die fachgerechte Wartung und Betriebsbereitschaft zu sichern. Diese Zweckverbindung reduziert überdies die Gesamtkosten.

Unser vorläufiges Ziel besteht darin, in Basel-Stadt bei einer Bevölkerungszahl von 235 000 Einwohnern, die sich im Kriegsfall schätzungsweise auf 190 000 reduzieren dürfte, für mindestens 3600 Mittelschwerverletzte in Sanitätshilfsstellen und für weitere 3600 Schwerverletzte unter spitalmäßigen Verhältnissen den nötigen Pflege- und Behandlungsraum, vor allem aber auch die notwendigen Behandlungsmöglichkeiten in geschützten Bauten, zur Verfügung zu stellen. Personelle und materielle Ausrüstung (Ventilation, Notstrom, Wasser, Verbandstoffe, Medikamente, Verpflegung, Wäsche) soll auch bei Abschluß von der Umwelt während 14 Tagen ausreichen. Sowohl für Sanitätshilfsstellen wie für spitalmäßige Einrichtungen sind die ersten Schritte auf diesem Wege getan.

Neben der ärztlichen Betreuung der Pflegebedürftigen in den Sanitätshilfsstellen muß auch dafür gesorgt sein, daß der administrative und technische Betrieb sowie der Nachschub parallel zum medizinischen Dienst einwandfrei funktioniert. Dies bedingt Vorräte an allen Bedarfsartikeln.

Im Aufnahmezimmer sind vor allem Patientenhemden, Kleider- und Wertsachensäcke sowie die Drucksachen und Utensilien für

die administrative Erfassung der Eingelieferten vorhanden. Da hier die gesamte Ausrüstung Platz findet, sind Reserven im Wäscheraum gelagert, wo die Nachfassung für Aufnahme, Operationssaal und die Bettenräume erfolgen kann. Die für die Pflege der Verletzten und Kranken nötigen Ausrüstungen sind jedem Raum zugeteilt. Ersatz und Nachschubmaterial hierfür sind in einem speziellen Materialraum bereitgestellt.

Solange die Verhältnisse es zulassen, erfolgt die Verpflegung aller unterirdischen Anlagen von außen durch den Verpflegungsdienst.

In einer Kleinküche sind für Patienten und Personal das nötige Geschirr und Besteck, die Platten und Kessel für die Verteilung sowie Kochtöpfe und Küchenmaterial bereitgestellt. Eine elektrische Kochstelle erlaubt das Wärmen der Speisen für Nachzügler und das Zubereiten von Spezialverpflegung für Neugeborene, Kleinkinder und eventuelle Diätpatienten. Für ein längeres Verweilen in der Sanitätshilfsstelle, ohne Verpflegungsmöglichkeiten von außen, sollen zu einem späteren Zeitpunkt entsprechende Nahrungsmittelvorräte bereitgestellt werden.

Alle diese Vorbereitungen haben aber nur einen Sinn, wenn auch dafür gesorgt ist, daß bei Ausfall des elektrischen Stromes und der Wasserversorgung Einrichtungen vorhanden sind, welche die Weiterführung des Betriebes ermöglichen. Speziallampen mit Akkumulatoren, die sich selbsttätig

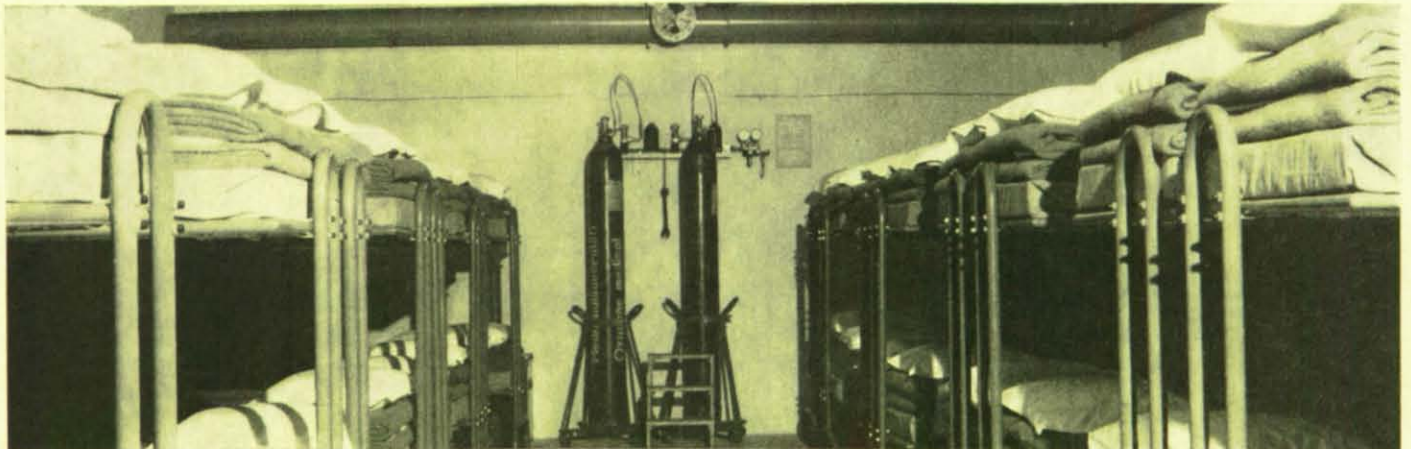
nach Bedarf aufladen und bei plötzlicher Netzunterbrechung automatisch einschalten, sichern eine erste Beleuchtung und verhindern eine Panik.

Notstromgruppen, in der Kapazität der Größe des Objektes angepaßt, gewährleisten eine reguläre Stromversorgung für alle Bedürfnisse. In älteren Anlagen müssen die Motoren durch den zugeteilten Mechaniker angelassen werden, in den neueren schaltet ein Automat die Gruppe bei Ausfall des Netzstromes ein.

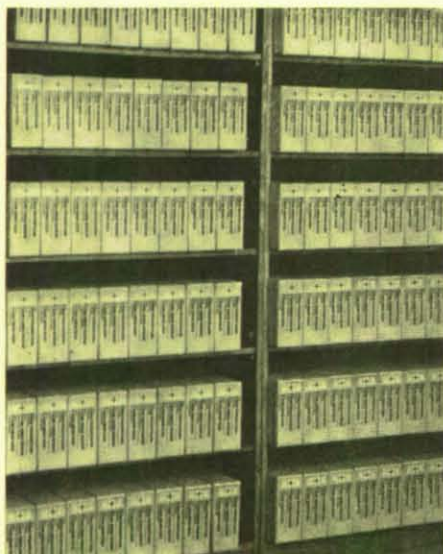
Wo es möglich war, wurden Grundwasserbohrungen abgesenkt und auf diese Weise die Versorgung mit Trink- und Gebrauchswasser sichergestellt. Selbstverständlich sind Einrichtungen vorhanden, die das so gewonnene Wasser keimfrei aufbereiten. In denjenigen Anlagen, für die ein Anschluß an das Grundwasser nicht möglich ist, sind Reservewassertanks eingebaut.

Sehr wichtig ist die Versorgung der Sanitätshilfsstelle mit frischer Luft. Alle Anlagen werden durch eine Ventilations-Einrichtung, welche auch am Notstrom angeschlossen ist, belüftet. Gegen den Einsatz von Kampfgasen sind die nötigen Filter vorhanden. Sollte infolge von Zerstörungen die Frischluftversorgung nicht mehr möglich sein, sind unsere Objekte mit einer Einrichtung für die Belüftung mit Erdluft versehen.

Bei einem Ernstfall-Einsatz wird der Verbrauch an Material aller Art sehr groß sein. Dezentralisierte Lager außerhalb der Sanitätshilfsstelle sichern dessen Ersatz.



Oben: Mit Hilfe der vorhandenen Sauerstoff-Verteilanlage ist es auch möglich, Patienten, die einen Schock erlitten haben, zu behandeln.



Links: Ausreichende Vorräte an Plasma und Gelatinelösungen sind die Voraussetzung, um die Patienten für eine Operation vorzubereiten.



Rechts: Für die Verpflegung der Kranken und des Pflegepersonals ist das notwendige Geschirr in besonderen Räumen untergebracht.

Bei Hilfsaktionen sind Eisemann-Geräte Ihre besten Helfer.



Das haben sie für uns bewiesen.

2687

In ungezählten Einsätzen im Laufe von vielen Jahren konnten Sie sich auf Eisemann-Geräte in jedem Notfall und in jeder ungewöhnlichen Situation verlassen.

Eisemann-Geräte sind alte Bekannte für Sie. Aber diese Bekannten verändern sich und werden jünger. Sie passen sich dem neuesten Stand der Technik an.

Die Eisemann Stromerzeuger, Notstromanlagen, Rundumkennleuchten, Scheinwerfer,

Flutlichtstrahler, Handscheinwerfer, Handleuchten, Kabeltrommeln, Batterieladegeräte und Schweißtransformatoren lernen Sie alle genau kennen, so wie sie heute

sind, wenn Sie uns diesen Coupon schicken.

Vertrieb über die Bosch Verkaufsorganisation.

COUPON

2687

An Eisemann GmbH, 7 Stuttgart, Rosenbergstraße 61, Postfach 2950.
Wir wollen mehr über Eisemann Erzeugnisse wissen.

Schicken Sie uns unverbindlich Informations-Material über:

- | | | | | | |
|--------------------|--------------------------|---------------------|--------------------------|------------------------|--------------------------|
| Stromerzeuger | <input type="checkbox"/> | Handleuchten | <input type="checkbox"/> | Scheinwerfer | <input type="checkbox"/> |
| Rundumkennleuchten | <input type="checkbox"/> | Batterie-Ladegeräte | <input type="checkbox"/> | Handscheinwerfer | <input type="checkbox"/> |
| Flutlichtstrahler | <input type="checkbox"/> | Notstromanlagen | <input type="checkbox"/> | Kabeltrommeln | <input type="checkbox"/> |
| | | | | Schweißtransformatoren | <input type="checkbox"/> |

Anschrift:

Mitglied des Bosch Firmenverbandes

Eisemann
Erzeugnisse

**Das bewährte Programm,
wenn Not am Mann ist.**

Werner A. Fischer

AUCH DER OSTEN SORGT VOR

Zivilschutz jenseits der Elbe



Fortsetzung aus Heft 7/1967

Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen kam es zu einer Art Generalmobilmachung der Bevölkerung für den Dienst in der Zivilverteidigung, der nicht nur den reinen Zivilschutz umfaßte, sondern auch die Versorgung der kämpfenden Truppe mit Material, Lebensmitteln und in der OSO-AVIACHIM vormilitärisch trainierten Menschen, die Evakuierung von Einwohnern bedrohter Städte und wichtiger Industrieanlagen in Gebiete jenseits des Urals sowie den Bau von Befestigungsanlagen in großen Städten, um nur einige wichtige Aufgaben zu nennen, die erledigt werden mußten, um das Hinterland wenigstens notdürftig intakt zu halten.

Vom 2. Juli 1941 an mußten alle Männer und Frauen im Alter von 16 bis 60 Jahren ihrer Pflicht zur Verteidigung der Heimat mit allen Mitteln nachkommen. Ein obligatorischer 28-Stunden-Kurs zur Vermittlung der wichtigsten Kenntnisse auf dem Gebiet

der Zivilverteidigung, insbesondere des Zivilschutzes, wurde eingerichtet. Ihn durchliefen in der Folgezeit rund 99 Millionen Sowjetbürger. 1943 schloß sich ein 10-Stunden-Kurs zur Erweiterung der Kenntnisse an. Insgesamt sollen nach amtlichen sowjetischen Angaben in beiden Lehrgängen 137 170 000 Personen ausgebildet worden sein.

Unmittelbar nach dem Krieg nahm auch in der Sowjetunion das Interesse der Bevölkerung und der Behörden an Zivilschutzproblemen rapide ab. Die Selbstschutzgruppen, die sich in Kriegstagen wirklich bewährt hatten, hörten auf zu existieren, die obligatorische Massenausbildung der Bevölkerung erfuhr eine mehrjährige Unterbrechung, und die Publikationsflut ließ ebenfalls erheblich nach. Ein Teil der Zivilschutz-Aktivität blieb jedoch erhalten, dergleichen bestanden sowohl die OSOAVIACHIM als auch die MPWO fort, so daß es in

der Sowjetunion keine völlige Einstellung der Zivilschutz-Arbeit gab. Doch zwischen dem Ausgang des Krieges und etwa 1955 stagnierte sie.

Das war einmal auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Bevölkerung des Kriegsendens müde war, zum anderen darauf, daß nach 1945 alle Arbeitskräfte und Mittel für den Wiederaufbau zerstörter Fabriken, Wohnhäuser, Verkehrsanlagen usw. benötigt wurden. Hinzu kam, daß sich in der UdSSR, wo ja erst längere Zeit nach den USA die erste Atombombe konstruiert wurde, relativ spät die Einsicht durchsetzen konnte, man müsse nun auch den herkömmlichen Luftschutz um den Schutz der Bevölkerung vor Kernwaffenangriffen ausbauen. Stalin beispielsweise verhinderte jahrelang die weitreichende Aufklärung der Bevölkerung über die verheerenden Auswirkungen von Atombomben. Chruschtschow und seine führenden Männer aber hegten

— wenigstens in offiziellen Verlautbarungen — die Ansicht, im Falle eines Atomkrieges gebe es kaum eine Überlebenschance. Zu dieser Zeit machte der hauptsächlich an die westliche Adresse gerichtete Ausspruch Marschall Malinowskis die Runde, Schutzbunker seien lediglich vorfabrizierte Särge. Im Schatten dieser Stellungnahme wurde dennoch an den Aufbau der Zivilverteidigung gegangen. Schon unter Chruschtschow kam es zu Ausbildungskursen, die weite Teile der Bevölkerung erfaßten. Außerdem erschien eine große Anzahl aufklärender und unterrichtender Schriften, Filme wurden gezeigt und einschlägige Ausstellungen veranstaltet. Die Bevölkerung erfuhr, daß es durchaus möglich sei, einen Atomangriff und seine Folgen zu überleben, wenn man rechtzeitig entsprechende Schutzvorkehrungen treffe. Auch in Hiroshima hätten Erdbunker eine gewisse Sicherheit geboten, überdies seien die Verluste unter der japanischen Zivilbevölkerung bei den zwei Atomangriffen nur wegen des Mangels an kollektiven (Schutzräume, Deckungen usw.) und individuellen (Gasmasken, Umhänge, Kapuzen, Strümpfe und Handschuhe) Schutzmitteln so hoch gewesen.

1956 erklärte Marschall Shukow vor dem XX. Parteitag der KPdSU in Moskau: „Die Aufgabe, das Hinterland zu verteidigen, war niemals so vordringlich wie unter den heutigen Bedingungen. Die Sicherheit des sowjetischen Volkes verlangt weitere Anstrengungen um die Organisation der passiven Luftabwehr.“ Schon unter Malenkow wurde ein weiterer Abschnitt der Moskauer Metro ausgebaut, der zugleich ein riesiger Schutzbunker für die Einwohner war. Ähnliche Ausbauten erfuhren auch die Stollen der U-Bahn in Kiew, Leningrad und Tiflis. Dabei ging man von der Erfahrung aus, daß die U-Bahn-Tunnel von Moskau und anderen großen Städten im Weltkrieg einigen hunderttausend Menschen das Leben retteten.

1955 schließlich wurde die Mitarbeit in der passiven Luftabwehr wieder obligatorisch, und zwar für Männer von 16 bis 60 und für Frauen von 16 bis 55 Jahren. Im gleichen Jahr lebte die 1935 zum erstenmal durchgeführte Massenaufklärung im Rahmen eines unter einem bestimmten Thema stehenden und auf eine bestimmte Stundenzahl festgesetzten Kurz-Lehrgangs wieder auf. Er umfaßte zehn Stunden und vermittelte Grundkenntnisse im Schutz gegen Atomangriffe. An ihm sollen sich 85 Prozent der sowjetischen Bevölkerung beteiligt haben. Zwischen 1956 und 1958 folgte der zweite Kursus. Umfang: 22 Stunden. Er diente der Unterweisung in den Vorkehrungen zum Schutz gegen nukleare, chemische und biologische Angriffe. Zwischen 1958 und 1960 ging der dritte Kursus unter dem Programm-Namen „Vorbereitung zur Luftabwehr, 1. Grades“ über die Bühne. Der vierte Kursus verhielt die Qualifikation „Bereit zur Luftabwehr, 2. Grades“. Er lief 1961 an. Weitere Kurse dieser Art folgten, in der Thematik immer wieder der fortschreitenden Waffenentwicklung angepaßt. Ende



Marschall Malinowski wertete dem Westen gegenüber Schutzbauten als „vorfabrizierte Särge“. Für die UdSSR jedoch wurden Zivilschutzmaßnahmen als sinnvoll bezeichnet.

1965 wurde erneut ein 19 Stunden umfassender Kursus vorbereitet.

„Die örtlichen Leitungen der amtlichen Zivilschutzorganisation DOSAAF haben vorgeschlagen“, hieß es in einer amtlichen Verlautbarung, „alle Kräfte daranzusetzen, rechtzeitig vollwertige nützliche Maßnahmen einzuleiten und die Mittel zwecks Schulung der werktätigen Bevölkerung zum Schutz vor Massenvernichtungswaffen wirksam einzusetzen.“ Hier muß eingefügt werden, daß die DOSAAF nicht die amtliche Zivilschutz-Organisation in der UdSSR ist,

Marschall Shukow erklärte vor dem XX. Parteitag der KPdSU: „Die Sicherheit des sowjetischen Volkes verlangt Anstrengungen um die Organisation der passiven Luftabwehr.“



sondern immer noch die MPWO, doch obliegt der DOSAAF die Ausbildung der Bevölkerung im Zivilschutz (darüber später noch mehr). Die zitierte Verlautbarung nannte auch Schwerpunktgebiete: „In Moskau, Leningrad, in der Ukraine, in Kasachstan, Aserbeidschan, in Weißrußland, im Smolensker, Tambower sowie einigen anderen Gebieten geht die Aufklärung und Schulung der Bevölkerung beschleunigt vor sich. Einen zusätzlichen Vorrang nehmen die Ausstellungen ‚Schutz der Bevölkerung vor Massenvernichtungswaffen‘ ein. Grundsätzliches Ziel der Maßnahmen ist die Hebung der Qualität der Unterrichtsungen sowie die Steigerung der Aktivität der Massen.“

Organisation des sowjetischen Zivilschutzes

Seit Anfang 1960 untersteht die gesamte Zivilverteidigung der UdSSR dem Verteidigungsminister. Am 17. August 1961 — also vier Tage nach dem Bau der Sperrmauer in Berlin — wurde, wie Oleg Penkowskij in seinen „Geheimen Aufzeichnungen“ (München/Zürich 1966: Droemer-Knaur, S. 182 f.) berichtet, durch einen Erlaß des Zentralkomitees der KPdSU und der sowjetischen Regierung ein Kommando für Zivilverteidigung gebildet; Sokolowski nennt es in der „Militär-Strategie“ Allunionsstab der Zivilverteidigung. Marschall Tschuikow wurde zum Chef der Zivilverteidigung in der Sowjetunion ernannt, bis Anfang 1964 blieb er außerdem noch Oberkommandierender der Landstreitkräfte.

Der Aufbau des Kommandos für Zivilverteidigung ist folgender: An der Spitze steht ein Oberkommando für Zivilverteidigung. In jedem Militärbezirk gibt es entsprechende Dienststellen und Einheiten. Die Vorschrift legt fest, daß alle unterstellten Stäbe und Einheiten der Zivilverteidigung eng mit den Organen der Partei und des Staates zusammenarbeiten haben.

Auch die für die Ausbildung des Zivilschutz-Personals und die Aufklärung der Bevölkerung zuständige „Freiwillige Gesellschaft zur Unterstützung von Arme, Luftwaffe und Flotte“ (DOSAAF), die 1948 aus der OSO-AVIACHIM hervorging, zählt, geführt von einer Hauptverwaltung, zum Aufgabenbereich des Verteidigungsministeriums in Moskau, so daß also, wie Sokolowski feststellt, „das System der zivilen Verteidigung in der UdSSR auf dem Prinzip einer straff zentralisierten Verwaltung beruht“. Die sowjetische Zivilverteidigung, insbesondere der Zivilschutz, stützt sich demnach auf zwei Säulen: auf die passive Luftabwehr (MPWO) und auf die halb-militärische Gesellschaft DOSAAF, deren Verlag übrigens die Mehrzahl aller Zivilschutz-Schriften herausbringt. Das engmaschige Netz beider Organisationen überzieht das gesamte Territorium der Sowjetunion, erstreckt sich also von Moskau aus bis hin zum kleinsten Kolchos am Rande der Turkmenischen Sowjetrepublik, bis zum Eismeer, bis Wladiwostok, bis zur türkischen Grenze und, da die Zivilverteidigung gleichzeitig auch in den Aufgabenbereich des Vereinten Oberkomman-

dos der Warschauptakt-Staaten fällt, bis zur Ostsee, zur Elbe und zur bayerisch-tschechischen Grenze, wobei die östlichen Partner der UdSSR jedoch über eigene nationale Zivilschutz-Organisationen verfügen.

Die Moskauer Zentrale der MPWO gibt ihre Weisungen weiter an die MPWO-Verwaltungen der sechzehn Sowjetrepubliken. Von den einzelnen Republikspitzen geht die Organisation hinab zur Regions- und Gebiets-ebene. Als nächstes folgen die Rayons (Bezirke), Städte, Stadtbezirke, Gemeinden, Kolchosen usw. bis hin zu den Selbstschutzgruppen, die in jedem Wohnblock, jedem Betrieb, jeder Institution und in allen landwirtschaftlichen Betrieben bestehen. Die DOSAAF, die über rund 30 Millionen Mitglieder verfügt und eine vormilitärische Ausbildung vor allem der Jugend betreibt, hat die Aufgabe, Aufklärungs- und Ausbildungsarbeit für den Zivilschutz zu leisten. Gemeinsam mit dem Roten Kreuz und dem Roten Halbmond (zusammen rd. 52 Millionen Mitglieder) führt sie die bereits genannten Massenkurse durch, außerdem bildet sie die Leiter und Mitglieder der Selbstschutzgruppen aus, kontrolliert, ob auch alle Bürger an den Kursen teilnehmen, und führt eine Ausbildungsstatistik.

Mit verteilten Rollen

Nicht immer ist es möglich, die Zivilschutz-Aufgaben der MPWO gegen die der DOSAAF abzugrenzen. Auf eine einfache Formel gebracht, müßte die Unterteilung etwa so lauten: Die MPWO organisiert den Zivilschutz, die DOSAAF bildet die Kräfte aus. Aber seien wir etwas genauer. Der MPWO obliegt es,

1. sicherzustellen, daß vor Luftangriffen die Bevölkerung frühzeitig gewarnt wird;
2. zu gewährleisten, daß der bestmögliche Schutz gegen Angriffe mit nuklearen, chemischen oder biologischen Waffen und deren Folgen für die Bevölkerung besteht;
3. Rettungsarbeiten aller Art in einem angegriffenen Gebiet durchzuführen.

Die DOSAAF dagegen hat

1. die Bevölkerung über Schutzmaßnahmen gegen alle Arten von Kriegseinwirkungen zu unterrichten, die den zivilen Bereich betreffen; dabei arbeitet sie zusammen mit dem Roten Kreuz, dem Roten Halbmond und dem Komsomol (Jugendorganisation mit über 20 Millionen Mitgliedern; alle vier Organisationen verfügen insgesamt über mehr als 100 Millionen Mitglieder);
2. die Leiter und Mitglieder der Selbstschutzgruppen auszubilden und Ausbildungsunterlagen jeglicher Art herauszugeben, die der Popularisierung des Zivilschutz-Gedankens dienen.

Auf allen Ebenen verfügen die MPWO-Dienststellen über Spezial-Formationen, auch Dienstzweige oder Zivilschutzdienste genannt. Eine Ausnahme besteht lediglich auf Unionsebene. Hier wird nur die Fachaufsicht über die einzelnen Dienstzweige geführt. Beispielsweise ist der Gesundheitsminister für den medizinischen Dienst verantwortlich. Er delegiert die Verantwortlichkeit hinunter über den Republiksgesundheitsminister bis zu den Leitern der Be-



Auch der wegen Verrats erschossene Oleg Penkowskij berichtete über sowjetische Zivilschutzmaßnahmen.

zirks- und Stadtgesundheitsämter usw. Letzte Instanz ist der Chef der entsprechenden Formation, etwa des Sanitätsdienstes in einem Stadtbezirk, einem Werk, einer Wohnsiedlung oder einer Kolchose.

Bislang wurden folgende Dienstzweige (Zivilschutzdienste) errichtet:

Alarm- und Nachrichtendienst: Er sorgt dafür, daß rechtzeitig Alarm gegeben wird, hält die Verbindung zwischen den einzelnen Stellen während eines Angriffs aufrecht, auch bei den Rettungs- und Aufräumarbeiten in angegriffenen Gebieten.

Sanitätsdienst: Ihm obliegt die Hygiene, die Seuchenbekämpfung und die eventuell notwendig werdende Evakuierung, Verletzten muß er Erste Hilfe leisten und sie an-

Schon unter Malenkow wurden die U-Bahnstationen in Moskau und anderswo als Schutzräume ausgebaut.



schließend zu ärztlichen Behandlungsstellen bringen.

Ordnungs- und Sicherheitsdienst: Er hat die Aufgabe, für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung zu sorgen, staatliches und privates Eigentum zu schützen, Paniken zu verhüten, die Verdunkelungsmaßnahmen und das richtige Verhalten bei Luftangriffen zu kontrollieren, der Bevölkerung beim Aufsuchen von Schutzräumen zu helfen und Unbefugte am Betreten von Gebieten zu hindern, die verseucht sind oder in denen Rettungs- bzw. Aufräumarbeiten vor sich gehen.

Schutzraum- und Unterkunftsdienst: Er sorgt in Friedenszeiten dafür, daß Schutzräume errichtet werden, und während eines Angriffs für die Intakthaltung der Schutzraumausrüstung, der entsprechenden Anlagen und für die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Schutzräumen. Für alle diese Tätigkeiten bildet er geeignetes Personal aus.

Brandschutzdienst: Er ist verantwortlich für Brandverhütungsmaßnahmen, die Bekämpfung von Bränden und die Rettungsarbeiten in angegriffenen Gebieten. Personal und Ausrüstung haben die freiwilligen Feuerwehren zu stellen, ferner die Feuerwehreinheiten des Staates und des Militärs. Dem Dienst obliegt, wie allen anderen Diensten auch, die Ausbildung der Bevölkerung in den entsprechenden Hilfstätigkeiten.

Technischer Dienst: Er sorgt in erster Linie dafür, daß nach Angriffen schnell Verbindungswege aller Art (etwa Trümmerdurchfahrten) geschaffen werden, ferner für sofortige Reparaturen von Anlagen wichtiger Versorgungsbetriebe und Einrichtungen. Dementsprechend gehören ihm zumeist Handwerker und Techniker an.

Rettungsdienst: Er ist zuständig für die Bergung verschütteter Personen aus Häusern und Schutzräumen.

Transportdienst: Er besteht nur in Städten und sorgt dort für den Transport von Evakuierten aus Kindergärten und Schulen sowie der Invaliden, desgleichen bei Angriffen für den Transport der Verletzten, des Personals und der Ausrüstung von Zivilschutzeinheiten, die in angegriffenen Gebieten eingesetzt werden sollen.

Lebensmittelversorgungsdienst: Auch er besteht nur in Städten, wo er für die Verpflegung von in angegriffenen Gebieten eingesetzten Personen verantwortlich ist. Auch für die Versorgung der Evakuierten und anderer von Kriegshandlungen betroffener Personenkreise hat er Sorge zu tragen. Ferner obliegt es ihm, verseuchte Lebensmittel oder Viehfutter zu entaktivieren, entgasen oder desinfizieren sowie verseuchte Nahrungsmittel für Mensch und Tier, die nicht mehr für den Genuß aufbereitet werden können, zu vernichten.

Stromversorgungs- und Verdunklungsdienst: Er ist zuständig für die Stromversorgung der Städte und volkswirtschaftlich wichtiger Betriebe, ferner bei Angriffen für die Verdunkelung und die Wiederherstellung der Stromversorgung.

Entseuchungsdienst I (für Boden und Gebäude): Er hat die Aufgabe, Boden, Gebäu-

de und verschiedenartige Ausrüstungen von radioaktiver, chemischer oder biologischer Verseuchung zu befreien. Dieser Dienst, der wie alle Zivilschutzdienste schon in Friedenszeiten voll ausgebildet und ausgestattet sein muß, verfügt über spezielle Ausrüstungen, etwa Sprenggeräte, Kehrmaschinen, Schneepflüge, Sandstreuer usw.

Entseuchungsdienst II (Entseuchung von Personen und Kleidung): Er ist zusammen mit dem Sanitätsdienst für die Behandlung von Personen und Kleidung zuständig, die durch radioaktive, chemische oder biologische Wirkstoffe verseucht wurden. Die Leiter aller Dienste haben die ständige Einsatzbereitschaft zu gewährleisten. Dafür sind sie dem Zivilschutzleiter der Stadt oder des Stadtbezirks gegenüber verantwortlich. (Die Verantwortlichkeit ist auf allen Ebenen gleich.)

Die unterste Ebene des örtlichen Zivilschutzes bilden die Selbstschutzgruppen. Schon während des zweiten Weltkrieges bestanden sie in der Sowjetunion. Damals — als Kampfhandlungen im Wirkungsbereich dieser Kleinstorganisationen stattfanden — hat man sie auch Selbstverteidigungsgruppen genannt. Denn sie halfen gleichzeitig den Soldaten, indem sie deren Versorgung mit Lebensmitteln und Waffen organisierten, Barrikaden bauten und schließlich sogar an Partisanenaktionen teilnahmen. Heute sind sie fest in das ausschließlich humanitäre Zivilschutzsystem eingegliedert und dienen ebenso ausschließlich dem zivilen Schutz der Bevölkerung.

Nach 1957 veröffentlichten Anweisungen muß es Selbstschutzgruppen geben in jedem Wohnblock, jedem Betrieb, jeder Institution (Behörden, Schulen, Lehranstalten), in jedem Sowchos (staatlicher Landwirtschaftsbetrieb — davon gibt es in der UdSSR etwa 6000), in jedem Kolchos (Zusammenschluß mehrerer Höfe oder Gemeinden — davon bestehen etwa 70 000) und in allen anderen landwirtschaftlichen Betrieben.

Während beispielsweise ein Kolchos für jeweils 500 Personen eine solche Gruppe aufstellen muß, sind große Werke oder Fabriken in Hallen u. ä. unterteilt, die ihrerseits Selbstschutzgruppen zu bilden haben. Für Wohnhäuser (-blöcke) gilt die Richtzahl 300. In Hochhäusern mit mehr als 1000 Einwohnern entfällt auf jeweils 500 bis 700 Personen eine Selbstschutzgruppe. An der Spitze einer jeden Gruppe der Selbst-

hilfe steht der betreffende MPWO-Leiter des Betriebes (Wohnblocks usw.), ihm zur Seite wirkt ein politischer Assistent, der für die Aufrechterhaltung der sozialistischen Moral zu sorgen hat. Es folgen die Sektionsleiter für Eigentumsverwaltung und Verbindung sowie die Leiter und Mitglieder folgender Unterabteilungen: Ordnungs- und Sicherheitsdienst, Brandschutzdienst, Entgiftungsdienst, Technischer Notdienst, Medizinischer Dienst, Schutzraumdienst und Veterinärndienst.

In ländlichen Gemeinden mit einer Bevölkerung zwischen 200 und 500 Personen werden die Allzweckgruppen aufgestellt. Noch kleinere Ortschaften bilden entsprechend kleinere Gruppen. Grundsätzlich soll jedoch keine auch noch so kleine Gemeinschaft der Pflicht entoben sein, Vorkehrungen zur Selbsthilfe zu treffen.

Ausbildung und Aufklärung

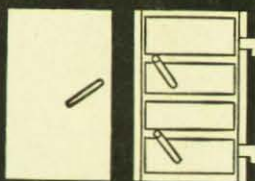
Ein wichtiges Moment in allen Bemühungen um den Ausbau des Zivilschutz-Systems ist die Aufklärung und Ausbildung der Bevölkerung. Auch in der Sowjetunion hängt ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung der Meinung an, ein Atomkrieg lasse sich unter keinen Umständen überleben, deshalb brauche man auch keine Schutzvorkehrungen zu treffen. Ein anderer Teil wiederum ist zu bequem, sich den Übungen und Kursen zu unterziehen. Eine dritte Gruppe arbeitet zwar mit, doch recht lustlos. Dann gibt es noch organisatorische Mängel verschiedener Art. „Krasnaja Swesda“ (Roter Stern), das Organ des sowjetischen Verteidigungsministeriums, hat jüngst einige Fälle unverantwortlicher Nachlässigkeit geschildert (die deutsche Übersetzung des Artikels erschien in ZB, Nr. 2/1967, S. 26 und 27).

Aus diesem Artikel sollen hier noch einmal einige Kernsätze wiederholt werden: „Die Kampfkraft von Armee und Flotte ist abhängig von der Zivilbevölkerung, die im Falle eines Krieges Angriffen mit Kernwaffen ausgesetzt sein kann. — In unserem Lande trägt der Zivilschutz allgemeinstaatlichen Charakter. Er ist darauf abgestellt, daß jede Stadt bzw. jeder Wohnort Vorkehrungen zum Schutz gegen die Waffen der Massenvernichtung trifft und daß jeder Bürger bei einem feindlichen Angriff im Rahmen von Spezialeinheiten geschickt zu handeln weiß. — Es muß erreicht werden, daß jeder Arbeiter und Ingenieur, Kolchosbauer oder Bedienstete die Teilnahme am Zivilschutz als seine patriotische Pflicht ansieht. — Schon

in Friedenszeiten muß alles genau berechnet werden und das Erforderliche in entsprechender Weise sichergestellt sein. Mit anderen Worten, unser Zivilschutz muß ebenso exakt und ineinandergreifend funktionieren wie der militärische Mechanismus. — Besondere Bedeutung kommt der Zusammenarbeit der Organe des Zivilschutzes mit den militärischen Einheiten zu. Beide haben die gleichen Aufgaben: sie dienen der Festigung und Stärkung unserer Verteidigungskapazität.“

Die vormilitärische Gesellschaft DOSAAF ist das Bindeglied zwischen militärischer und nichtmilitärischer Verteidigung. Geleitet wird sie auf allen Ebenen von Militärs, doch deshalb ist sie noch lange keine Formation der Sowjetarmee, sondern mehr ein freiwilliger Zusammenschluß besonders aktiver Staatsbürger. Wie dem auch immer sei, sie zeichnet verantwortlich für die Ausbildung der Bevölkerung und die Spezialschulung des Zivilschutzpersonals. Um letztere so gut wie möglich durchzuführen, verfügt sie allenthalben in der UdSSR über Übungsanlagen, die schulischen Charakter haben und etliche wichtige Einrichtungen aufweisen, etwa Modelle von Schutzräumen, Anlagen für Brandschutzübungen, für die praktische Ausbildung im Rettungswesen, in der Entseuchung, der Hygiene, in der tierärztlichen Ausbildung und im Landwirtschaftsschutz, um nur einiges zu nennen.

Es ließe sich noch viel sagen über die Zivilschutzarbeit im sowjetischen Bereich. Doch das würde mindestens ein Buch füllen. Es ging es an dieser Stelle vor allem darum, einen Überblick über die sowjetischen Vorsorgebemühungen zu geben. Es soll auch noch einmal darauf hingewiesen werden, daß die Sowjets fest davon überzeugt sind, daß nur derjenige als Sieger aus einer kriegerischen Auseinandersetzung hervorgeht, der über die wirksamste Zivilverteidigung verfügt. Vier Tage nach dem Bau der Mauer in Berlin, am 17. August 1961, schufen sie das Kommando der Zivilverteidigung, und sie übertrugen es dem Berlin-Mitsieger Tschuikow. Er überstand sogar die Ablösung Chruschtschows und führt das Kommando noch heute. Man darf sicher sein, daß er nicht nur Chef einer einfachen Luftschutzorganisation ist. Besser tut man daran, in der von ihm geführten Zivilverteidigung einen Bestandteil der militärischen Stärke der Sowjetunion zu sehen, zumal die Sowjets diese schon lange als einen solchen betrachten.



* alle geprüft
und zugelassen

Schutzraum

Türen und Abschlüsse

... natürlich von

Schwarze

Drucktüren u. -klappen
Notausstiegluken
Gastüren u. -klappen

Deutsche Metalltüren-Werke Aug. Schwarze AG · Post: 4801 Quelle

Katastrophenalarm

Von Kreisamtmann Teklote



Eine Übung mit 720 Helfern

Anfang Mai wurde im Oberbergischen Kreis (Regierungsbezirk Köln) eine große Katastrophen-Schutzübung „Bekämpfung eines Waldbrandes und eines Explosionsunglückes im Raume Dieringhausen“ durchgeführt. Ihr realistischer Rahmen war schon dadurch gewährleistet, daß die Bundesbahndirektion Wuppertal 4 Eisenbahnwaggons zur Verfügung stellte. Die Freiwillige Feuerwehr Bielstein arrangierte die Rauchentwicklung in den beiden Schadensgebieten.

Allgemeine Lage: Am Samstag, 6. Mai, 9.15 Uhr, stürzt westlich der Ortschaft Kurtensiefen ein Tankwagen mit Heizöl um und wird leck. Durch in Brand geratenes Benzin aus dem Treibstoffbehälter des Fahrzeuges wird das Heizöl entzündet, und bald darauf brennt das Waldgebiet der Hollen-Hardt.

Um 9.35 Uhr explodiert auf dem Bahngelände ein Brand, der auf das Empfangsgebäude übergreift. Ein Bediensteter des Bahnhofes informiert telefonisch über die Situation den Oberkreisdirektor, der Katastrophenalarm auslöst.

Besondere Lage: Ein Landwirt in Kurtensiefen verständigt fernmündlich Gemeindebrandmeister Bauer von dem Waldbrand. Die Löschzüge der Freiwilligen Feuerwehren Neu-Dieringhausen, Marienhagen, Morkepütz, Wiehl und Oberwiehl werden eingesetzt. Das Löschwasser muß aus einem Bach südlich des Ortes Kurtensiefen über weite Strecken herangeführt werden. Kreisbrandmeister Schröder übernimmt die Einsatzleitung und erkennt sofort, daß die eingesetzten Löschzüge nicht ausreichen. Beim Oberkreisdirektor fordert er Verstärkung an. Der Regierungspräsident alarmiert die 58. LS-Feuerwehrebereitschaft-RWL.

Die Bekämpfung der Katastrophe in Dieringhausen ist mit den örtlichen Kräften ebenfalls nicht möglich. Der Oberkreisdirektor fordert beim Regierungspräsidenten den Einsatz mehrerer Züge und Gruppen der 52. LS-Bergungsbereitschaft-RWL, der 55. LS-Lenkungsbereitschaft-RWL, der 57. LS-Sanitätsbereitschaft-RWL und des 55. LS-Fernmeldezuges-RWL an.

12 Fahrgäste in den Zugwagen sind durch Brandwunden so schwer verletzt worden, daß sie in Spezialkliniken nach Bonn übergeführt werden müssen, 2 Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes übernehmen den Transport.

Um die Rettungsmaßnahmen nicht zu behindern, muß der Verkehr auf der Bundesstraße 55 vor dem Gelände des Bahnhofes umgeleitet werden; hierzu wird u. a. ein Polizeihubschrauber angefordert.

Ablauf der Übung: Um 9.42 Uhr beauftragt der Oberkreisdirektor den Leiter der Polizeistation Gummersbach, für Bergneustadt, Bielstein, Denklingen, Dieringhausen, Gummersbach, Hülsenbusch, Morsbach, Niederseßmar, Ränderoth, Vollmershausen, Waldbröl und Wiehl akustischen Katastrophenalarm auszulösen. Die Mitglieder der Kata-

strophen-Abwehrleitung und der Technischen Einsatzleitung wurden über die Telefonvermittlung der Kreisverwaltung angewiesen, sich nach Dieringhausen zu begeben.

Die für die Bekämpfung der Katastrophe vorgesehenen Hilfskräfte Feuerwehr, DRK, THW, MHD, die im Kreisgebiet aufgestellten LSHD-Einheiten sowie der Katastrophen-Fernmeldezug, wurden in das Schadensgebiet beordert. Die zur Bekämpfung des Waldbrandes alarmierte 58. LS-Feuerwehrebereitschaft-RWL wurde nach Dieringhausen umdirigiert. Insgesamt setzte die Katastrophen-Abwehrleitung 720 Helfer der örtlichen und überörtlichen Katastrophen-Hilfsdienste sowie der LSHD-Einheiten ein. Erfreulich ist die Feststellung, daß nach der Auslösung des akustischen Alarmes die Katastrophen-Hilfsdienste in relativ kurzer Zeit eintrafen. Die Einheiten liegen zum Teil 23 km vom Übungsgebiet entfernt (Durchschnitt: 12 Kilometer).

Zu dem Einsatz und Übungsablauf ist folgendes zu sagen:

Die Polizei hatte u. a. die Aufgabe, die Zu- und Abfahrt im Übungsgebiet sicherzustellen. Hierzu gehörte die Verkehrsumlenkung auf der Bundesstraße 55 vor dem Bahngelände Dieringhausen über die Lachtstraße und den Stromweg. Sie wurde hierbei durch Polizeioberkommissar Frieber vom Hubschrauber aus unterstützt. Da die Hilfsdienste innerhalb einer halben Stunde im Übungsgebiet eintrafen, leistete die Polizei nur in der ersten Phase der Übung Erste Hilfe.

In Zusammenarbeit mit Revierförster Stredicke mußten die bei der Bekämpfung des Waldbrandes in der Höllen-Hardt eingesetzten Löschzüge der Freiwilligen Feuerwehr Wiehl in einem schwierigen Gelände über weite Strecken Wasser fördern. Hervorzuheben ist, daß die Löschzüge nach wenigen Minuten in der Lage waren, mit mehreren Rohren den Waldbrand wirksam zu bekämpfen.

Die bei der Bekämpfung der Brände auf dem Bahngelände eingesetzten Freiwilligen Feuerwehren leisteten zunächst vordringlich den verletzten Fahrgästen Erste Hilfe. Sie konnten erst die Bekämpfung der Brände mit voller personeller Stärke aufnehmen, nachdem das DRK und das THW eingetroffen waren. Das Wasser wurde hauptsächlich aus der Agger und dem Strombach entnommen. Da der Linienverkehr auf der Bundesstraße 55 fahrplanmäßig weiterlief, mußten Schlauchbrücken gelegt werden.

In Zusammenarbeit mit der 58. LS-Feuerwehrebereitschaft-RWL (Bereitschaftsführer: Oberbrandmeister Becker) setzte Gemeindebrandmeister Steinhoff am Empfangsgebäude 26 Rohre ein.

Unter der Leitung von Landesbereitschaftsführer Dr. Goebel, der eng mit den Ärzten Dr. med. Konzelmann (Bereitschaftsführer der 57. LS-Sanitätsbereitschaft-RWL) und Dr. med. Knopf zusammenarbeitete, führte das DRK die Versorgung und den Abtransport der Verletzten in die „Krankenanstalten“ und zu dem Hubschrauber-Landeplatz etwa 150 m westlich der Straße Auf dem

Schilde in Dieringhausen durch. Erfreulich ist die Feststellung, daß die eingesetzten örtlichen und regionalen Einheiten des DRK sowie die 57. LS-Sanitätsbereitschaft-RWL einen disziplinierten Einsatz zeigten. Die Führungskräfte gaben so klare Befehle, daß die Helfer die Erste Hilfe sorgfältig und schnell leisten konnten. Insbesondere beeindruckte die fachkundigen Zuschauer, daß die Versorgung und der Abtransport der Verletzten in kurzer Zeit durchgeführt wurden.

Die Bundesgrenzschutz-Fliegergruppe Hangelar stellte unter der Leitung von Hauptmann Mummenbrauer 2 Hubschrauber für den Ausflug von Verletzten und einen Hubschrauber für die Katastrophen-Abwehrleitung zur Verfügung. Den Hubschraubern ist es im wesentlichen zu verdanken, daß die 12 „schwerverletzten Fahrgäste“ in kurzer Zeit in eine „Spezialklinik in Bonn“ überführt werden konnten.

Das THW arbeitete sich mit Schneidbrennern usw. durch die verbogenen Eisenteile der Wagen, so daß durch die geschaffenen Öffnungen eine Anzahl der verletzten Fahrgäste geborgen werden konnte. Die Übungsthemen und das Gelände böten keine Möglichkeit, alle Männer des Technischen Hilfswerkes einzusetzen; deshalb nahmen 30 Angehörige als Zuschauer teil. Die Übung zeigt jedoch eindeutig, daß das THW in der Lage ist, mit der Ausrüstung der 52. LS-Bergungsbereitschaft-RWL wirksame Hilfe zu leisten.

Der 55. LS-Fernmeldezug-RWL hatte mit den Angehörigen des Katastrophen-Fernmeldedienstes (Malteser Hilfsdienst und Bedienstete der Kreisverwaltung) die Aufgabe, die Nachrichtenübermittlung über Funk und Draht zwischen der Katastrophen-Abwehrleitung und der Technischen Einsatzleitung, den eingesetzten Einheiten sowie den Hubschrauber-Landeplätzen in Dieringhausen sicherzustellen.

60 Angehörige der 55. LS-Lenkungsbereitschaft-RWL unterstützten die Polizei wirksam bei der Verkehrslenkung und der Sicherung der Hubschrauber-Landeplätze.

Nach dem Essen dankte der Vertreter des Innenministers, Leitender Ministerialrat Dr. Metelmann, und der Leiter des regionalen Aufstellungsstabes beim Regierungspräsidenten Köln, Oberstleutnant a. D. Büschen, allen Helfern für den vorbildlichen Einsatz. Die Schlußbesprechung fand in einem Bootshaus an der Aggertalsperre statt. Der Oberkreisdirektor erklärte als Umleiter, daß die Katastrophen-Schutzübung nicht nur für die Helfer, sondern auch für die Einheitsführer und die Mitglieder der Katastrophen-Abwehrleitung sowie der Technischen Einsatzleitung eine wertvolle Schulung gewesen sei. Erfreulich sei die Feststellung, daß alle eingesetzten Helfer ihr ganzes Können gezeigt hätten, ihr Verhalten sei diszipliniert und umsichtig gewesen, und die Kenntnisse in der Handhabung des anvertrauten Materials bei den Kräften aller Einheiten seien als gut zu bezeichnen. Dr. Metelmann teilte mit, daß diese Übung zur Grundlage von Ausbildungsveranstaltungen an anderen Orten gemacht werden soll.

Selbstschutz seit Generationen



Zahlreiche Inseln sind der deutschen Nordseeküste vorgelagert; unter ihnen bildet die rote Felseninsel Helgoland eine Ausnahme, denn mit ihren steilen Felswänden ragt sie über fünfzig Meter hoch aus dem Meer heraus. Die Bewohner der kleinen Insel haben mit starken Mauern der Zerstörung ihres Eilands durch die ständig anbrausenden Fluten getrotzt. Es gehört zu ihrem Leben, sich zu schützen und zu verteidigen.

Wie die Bewohner der Insel Helgoland zu dem Gedanken des Selbstschutzes stehen, versuchten wir in einigen Interviews, die wir nachfolgend wiedergeben, zu erfahren.

(Die Redaktion)

Interview mit Pfarrer Gerhard Mörchel

Fragter: Herr Pfarrer, wir sind auf Helgoland, um dem Gedanken des Selbstschutzes in der Bevölkerung ein wenig Raum zu verschaffen. Wir hätten nun gerne einmal gehört, wie Sie zum Selbstschutz stehen.

Pfarrer Mörchel: Politisch gesehen hat der Gedanke des Selbstschutzes ja etwas Umstrittenes, aber ich glaube, wir Christen und besonders wir Pfarrer brauchen das gar nicht politisch zu sehen, sondern sollten den Selbstschutz von dem Gedanken der Nächstenliebe aus sehen. Selbstschutz ist eine Sache der Hilfe für sich selbst und für den Nächsten. Was wir als Christen dazu tun können, diesen Gedanken zu verbreiten, das wollen wir sicher gerne tun. Ich meine da in der Wirform sprechen zu können, da ich es als eine allgemeine christliche Verpflichtung ansehe, Menschen zu

Bürgermeister Henry Peter Rickmers während des Interviews.

helfen. Wir tun das hier in unserer Gemeinde praktisch durch unsere evangelischen Filmabende, denen wir immer einen kurzen Film vorschalten, der sich mit dem Gedanken des Selbstschutzes in Katastrophenfällen befaßt.

Fragter: Herr Pfarrer, sehen Sie über diese aufklärenden Filmabende hinaus eine Möglichkeit, Ihre Gemeinde an eine Selbstschutzausbildung heranzuführen, besonders auch den Kreis der Verantwortlichen, die mit Ihnen zusammen in der Betreuung der Gemeinde stehen?

Pfarrer Mörchel: Ja, vielleicht noch einen Satz zur Politisierung oder Theologisierung des Selbstschutzgedankens. Ich fürchte mich gar nicht vor dieser Politisierung und will das auch nicht theologisch verbrämen, diese Begründung zur Hilfe oder zum Selbstschutz. Wir wissen als Christen alle, wie sehr wir unter den katastrophalen menschlichen Möglichkeiten der Zerstörungen dieser Welt wirklich von der Gnade und dem Schutz Gottes abhängig sind. Aber was wir als Menschen dazutun können, das sollten wir tun, und wir haben auch in unserer Gemeinde die Mitarbeiter, die im evangelischen Kindergarten oder in der Gemeinde überhaupt für viele Menschen verantwortlich sind, zu einem Kursus einladen, in dem sie sich über die menschenmöglichen Mittel zur Selbsthilfe informieren können. Darüber hinaus haben wir inter-

essierte Gemeindemitglieder eingeladen, das ebenfalls zu tun.

Interview mit Theo Botter

Fragter: Herr Botter, Sie sind Helgoländer, haben den Krieg auf Helgoland mit seinen fürchterlichen Auswirkungen miterlebt, würden Sie uns mal schildern, was Sie damals als Junge erlebt haben?

Herr Botter: Wir sind 1941 — ich war damals noch ein Kind — schon mit dem Luftschutz vertraut gemacht worden. Eine Lehrgruppe des Luftschutzes kam her und gab uns eine Ausbildung, die wir zuerst sehr komisch fanden — als Kind zieht man ja leicht etwas ins Lächerliche. Wir mußten mit einer Feuerpatsche Feuer löschen und mit der kleinen Handspritze arbeiten. Aber wie es dann Ernst wurde, haben wir sehr schnell gemerkt, daß die kleine Handspritze doch eine sehr gute Wirkung hat, besonders wenn man mit ihr umzugehen versteht.

Fragter: Herr Botter, das war damals die Zeit des 2. Weltkrieges, die Zeit der konventionellen Waffen. Eine Frage: Glauben Sie, daß der Luftschutz hier auf Helgoland heute noch eine Aufgabe hat?

Herr Botter: Ja nun, zunächst möchte ich folgendes feststellen: Man sollte den Namen Luftschutz nicht so in den Vordergrund schieben, denn der Luftschutz ist meines Wissens heute nicht nur für den Kriegsfall da, sondern auch für Katastrophenfälle, und der Name „Selbstschutz“ den man sehr oft liest, den finde ich doch sehr viel besser. Eine Ausbildung der Leute, um in einem Katastrophenfall sich selbst und anderen helfen zu können, ist immer von Nutzen. Mag die Meinung auch vorherrschen, der nächste Krieg wird ein Atomkrieg, so muß man doch wissen, wie kann ich mir auch da helfen. Schützen — vorbeugen — darüber müssen die Menschen aufgeklärt werden, und das halte ich für unbedingt notwendig.

Fragter: Herr Botter, wird hier auf Helgoland über derartige Fragen diskutiert, z. B. am Stammtisch, im Kegelklub, unter Freunden und Bekannten?

Herr Botter: Oh, doch, man kommt darauf, aber es wird an und für sich ungern darüber gesprochen. Und das ist meiner Meinung nach wohl eine Folge des Wohlstandes; da denkt man nicht gerne an Luftschutz; aber man müßte ganz intensiv auf die Leute einwirken und ihnen klarmachen, daß man unbedingt jetzt damit anfangen muß und nicht erst dann, wenn die Sache zu spät ist.

Interview mit Bürgermeister Henry Peter Rickmers

Fragter: Herr Bürgermeister, Sie sind hier auf Helgoland gleichzeitig örtlicher Luftschutzleiter und nehmen Ihre Aufgabe sehr ernst. Sie haben uns unterstützt, hier eine Aufklärungswoche durchzuführen, wofür wir Ihnen herzlich danken; aber wir möchten jetzt für die Leser unserer Zeitschrift noch

einige Fragen an Sie richten, um ihnen einen Eindruck zu vermitteln von den Dingen, wie sie hier sind. Vielleicht ist es das Beste, Sie schildern uns einmal aus Ihren Erfahrungen heraus, wie es in den Jahren 1939 bis 1945 hier auf Helgoland war, welche Erfahrungen Sie insbesondere auch im Luftkrieg gemacht haben.

Bürgermeister Rickmers: Ich kann aus meiner Erfahrung herzlich wenig dazu sagen, denn ich war von 1939 bis 1945 Soldat; aber ich weiß, daß die Insel in beiden Kriegen sehr im Brennpunkt stand. Im 1. Weltkrieg wurde die Zivilbevölkerung vom ersten Tage an evakuiert. Die Insel selbst nahm keinen Schaden. Im 2. Weltkrieg blieb die Bevölkerung hier, und die Insel nahm Schaden. Sie hatte von 1940 an mehrere Bombenangriffe zu überstehen, den größten, der die Insel fast völlig zerstörte, am 18. April 1945. Danach war das Leben auf der Insel für die Zivilbevölkerung von einer Stunde auf die andere vorbei, und am 19. April mußte die Zivilbevölkerung die Insel verlassen. Es blieben nur noch Soldaten und einige Zivilisten dort.

Fragter: Es würde uns interessieren — abgesehen von den materiellen Schäden —, wie verhielt es sich mit den Verlusten unter der Zivilbevölkerung?

Bürgermeister Rickmers: Die Verluste unter der Zivilbevölkerung waren verhältnismäßig gering. Es kamen im ganzen Kriegsverlauf etwa 60 Zivilpersonen und 116 Soldaten und Marinehelfer ums Leben. Das ist darauf zurückzuführen, daß für die Soldaten Schutzanlagen da waren und auch für die Zivilbevölkerung bombensichere Schutzanlagen in den Felsen hineingetrieben worden waren. Eine respektable Leistung der Verwaltung hier auf Helgoland, denn ohne diese Bunkeranlagen wäre es sehr, sehr viel schlimmer geworden.

Fragter: Wenn ich Sie richtig verstanden habe, bestanden hier auf Helgoland vorzügliche bauliche Schutzmaßnahmen, aber sicher ist es doch auch so gewesen, daß die

se allein nicht ausgereicht hätten, wenn nicht der Selbstschutzgedanke in der Bevölkerung damals diese veranlaßt hätte, von diesen Möglichkeiten Gebrauch zu machen und sich auf eine praktische Selbsthilfe einzustellen.

Bürgermeister Rickmers: Ganz natürlich, die Helgoländer sind seit Hunderten von Jahren gewohnt, auf ihrer Insel zu leben; und das bedeutet, daß man in Krisenzeiten auf sich selbst gestellt ist, auf die Gemeinschaft, in der man lebt. Das ist früher schon so gewesen, in Zeiten von Hungersnöten und Katastrophen, und das ist in unserer modernen Zeit auch in Kriegszeiten so gewesen. Darum ist hier der Selbstschutzgedanke eigentlich zu allen Zeiten lebendig gewesen, und man hat auch Mittel und Wege finden müssen, ihn zu pflegen und einen Schutz vorzubereiten.

Fragter: Diese Erfahrung haben wir selbst hier gemacht, denn Helgoland hat schon sehr früh den Anschluß an die Selbstschutzausbildung gefunden. Wir haben im vergangenen Jahr Ausbildungsvorhaben auf der Insel durchführen können und auch während dieser Aufklärungswoche die Bewohner praktisch ausbilden können. — Sie haben aber nicht nur für die Bevölkerung auf dieser Insel zu sorgen, sondern Helgoland hat ja einen ganzjährigen Kurbetrieb, und Sie werden besonders in den Zeiten der Hochsaison sehr viele Fremde auf der Insel haben.

Bürgermeister Rickmers: Nicht nur das. Wir haben im Augenblick 3400 Einwohner auf Helgoland. Sommertags haben wir 3000 bis 4000 Kurgäste, und darüber hinaus haben wir noch einen Hafen, der Schutzhafen ist, in dem bis zu 140 Fischkutter mit etwa 700 bis 800 Mannschaften liegen. Auf diese 7000 Personen, und dazu kommen noch die Tagesgäste, die an Spitzentagen auch 7000 bis 8000 Personen ausmachen, müssen wir uns einstellen. D. h. also, daß wir, durch die Insellage und durch die besonderen Umstände bedingt, ein gut eingerichtetes Krankenhaus haben müssen. Wir ha-

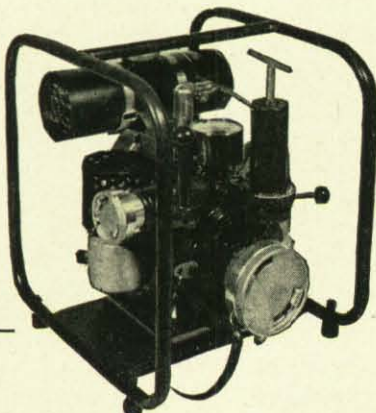
ben z. B. für die Feuerwehr sehr viel höhere Anforderungen als auf dem Festland, weil wir keine Nachbarschaftshilfe bekommen können, wir müssen sogar noch eine Station auf dem Oberland haben wie eine auf dem Unterland und auf der Düne. So gibt es mancherlei Dinge, die hier zu beachten sind. Nehmen Sie z. B. das Rettungsboot der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger oder einen Hubschraublandeplatz und derartige Einrichtungen, die nun einmal erforderlich sind, und zwar nicht nur in Krisenzeiten, sondern auch bei Unglücksfällen oder besonderen Krankheiten in normalen Zeiten.

Fragter: Ich bin überrascht, wie viele vorsorgende Maßnahmen auf dieser Insel getroffen worden sind. — Haben Sie außer diesen behördlichen und den Selbstschutzmaßnahmen auch bauliche Einrichtungen zum Schutz der Bevölkerung auf der Insel?

Bürgermeister Rickmers: Ja, wir haben vor einigen Jahren, z. Z. der Kubakrise, den zivilen Schutzbunker, soweit er erhalten war, wieder hergestellt. Das besagt nun nicht, daß er im Sinne unserer neuen Auffassung schon vollkommen ist, aber immerhin finden dort etliche hundert Personen Platz. Er geht vierzehn Meter tief in den Felsen.

Fragter: Herr Bürgermeister, wir danken Ihnen für das Interview und wünschen Ihnen, daß recht viele Kurgäste auf die Insel kommen, und hoffen von Herzen, daß Sie niemals Ihre Verantwortung als örtlicher Luftschutzleiter unter Bewährung stellen müssen. Vorbeugen ist besser als heilen. Das wissen alle Kurärzte, das wissen auch wir vom Bundesluftschutzverband, und wenn Sie nun vielleicht noch ein letztes Wort zum Selbstschutzgedanken sagen möchten, wären wir Ihnen dankbar.

Bürgermeister Rickmers: Ich bin Ihrer Auffassung, daß es hoffentlich nie nötig sein wird, diese Dinge in Notzeiten anzuwenden. Ich danke Ihnen, daß Sie hier gewesen sind, um uns zu unterrichten, und ich hoffe, daß der Erfolg nicht ausbleibt.



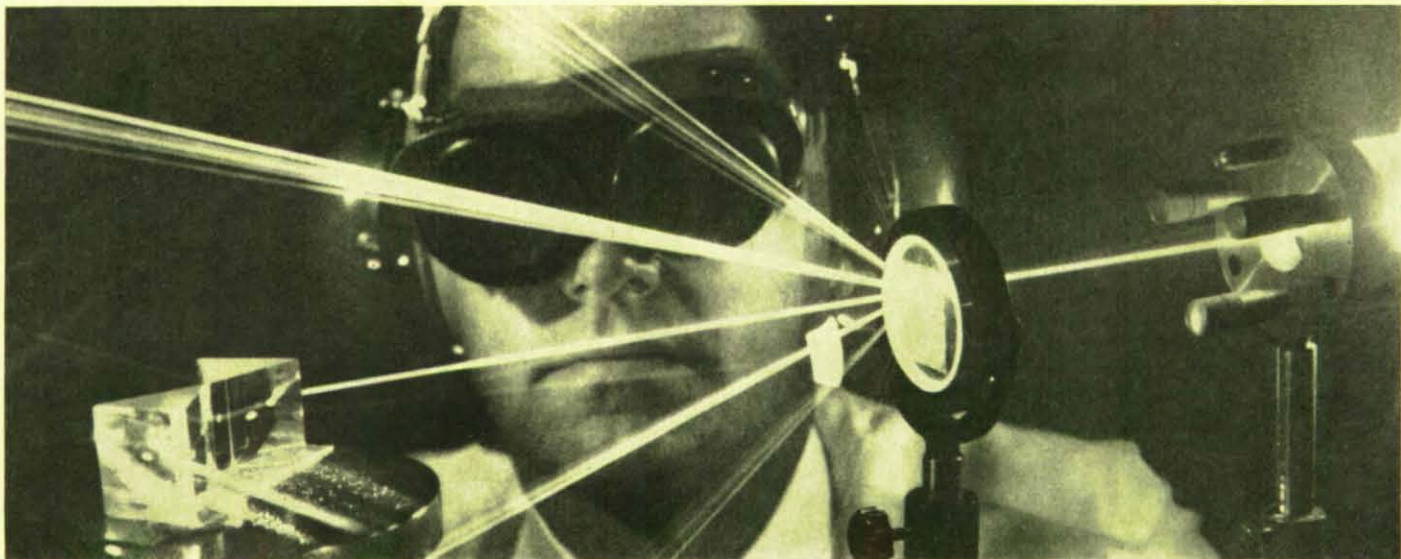
MINIMAX

liefert alles für den Zivilschutz

Technische und persönliche Ausrüstungen für Brandschutz, Rettung und Laienhilfe

Nebenstehendes Bild zeigt die neue leistungsfähige Kleinmotorspritze TS 05/5 MOTOMAX

MINIMAX - Aktiengesellschaft, 7417 Urach / Württ.



Fortschritte in der LASER-Technik

Neues über LASER-Strahlen

LASER-Licht erlaubt die optische Ermittlung von Entfernungen mit einer geradezu unvorstellbaren Genauigkeit. Da auch Bodenverschiebungen von nur einigen Millimetern, die mit anderen Methoden nicht mehr festzustellen sind, durch LASER-Messungen noch einwandfrei registriert werden, bemühen sich amerikanische Wissenschaftler unter Ausnutzung dieses Prinzips um die Entwicklung zuverlässiger Methoden für die Erdbebenvorhersage. Erdbeben, vor allem tektonische Beben, kündigen sich bereits Tage vorher durch sehr leichte Erdstöße an. Vermutlich beruht die oft vor einem Erdbeben bemerkte Unruhe höhlenbewohnender Tiere, der Schlangen und anderer Kriechtiere auf deren „Feingefühl“.

Mitarbeiter einer Forschungsabteilung des US-Handelsministeriums erreichten bei Versuchen in Nebraska über Entfernungen von 16 km hinweg eine Meßgenauigkeit von 1:1 000 000. Zu ähnlichen Ergebnissen gelangte eine Gruppe des US-Amtes für Küsten- und Landvermessung bei einer Entfernung von 30 km zwischen zwei Meßpunkten. Die Berechnung der Streckenlänge ergibt sich aus der Laufzeit des Lichtsignals vom LASER-„Sender“ (1. Meßpunkt) zum Spiegel (2. Meßpunkt) und zurück.

Die Forschungsanstalt der General Electric Company entwickelte ein billiges LASER-Warngerät für Kraftfahrzeuge. Es schickt einen Strahl von relativ niedriger Energie aus, der an vorausfahrenden Fahrzeugen reflektiert wird. Auch hierbei ist die Laufzeit der Maßstab für den Abstand; sobald dieser einen Mindestwert unterschreitet, ertönt im Wagen ein Warnsignal.

Da LASER-Licht in nahezu jeder beliebigen Intensität erzeugt werden kann, bietet die Anwendung der in einem Lichtstrahl gleicher Wellenlänge gebündelten Energie immer neue Möglichkeiten: von medizinischen Therapieverfahren über die industrielle Technik bis zur Übermittlung von Nachricht-

ten. Die Behandlung von Netzhautablösung durch die Wärmeimpulse eines LASER-Strahls ist in manchen amerikanischen Kliniken bereits ein Routineverfahren. Neuerdings ergänzen LASER-Strahlen die Therapie zur Beseitigung von Krebsgeschwülsten. So lassen sich bestimmte Arten von Krebswucherungen in der Haut und oberflächennahe, vom gesunden Gewebe der Umgebung gut abgegrenzte Tumoren mit LASER-Licht schnell, unblutig und schmerzlos entfernen. Ein bis zwei LASER-Impulse genügen, um die Krebszellen ohne Narbenbildung zu zerstören.

Problematisch ist jedoch die LASER-Therapie bei tiefsitzenden Krebsgeschwülsten. Tierversuche zeigten, daß manchmal das Wachstum der Krebsgeschwulst sogar noch gefördert wird. In anderen Fällen dagegen wurde die Wucherung zerstört, ohne daß es zu einer Schädigung des gesunden Gewebes kam oder sich nach gewisser Zeit neue Krebsgeschwülste bildeten. Die Forschung konzentriert sich jetzt auf eine Klärung der Fragen, welche Formen von Krebs für eine LASER-Behandlung geeignet sind und welche Dosen dabei angewandt werden müssen. Nahezu unerschöpflich scheinen die Anwendungsmöglichkeiten für LASER-Strahlen in der Technik zu sein. Einem Bericht der Bell Telephone Laboratories zufolge, können jetzt Diamant-Ziehwerkzeuge mit so feinen Bohrungen hergestellt werden, daß sich damit in Massenproduktion Kupferdrähte ziehen lassen, die nur halb so dick sind wie ein menschliches Haar. Diese Drähte werden zu Spulen für Lötmechanismen an Telephonapparaten, für Relais und spezielle Meßuhren verarbeitet.

Neben den Experimenten von Wissenschaftlern des amerikanischen Bergbauamtes, Kohle mittels LASER-Strahlen „aufzubereiten“, um schwer oder überhaupt nicht synthetisierbare chemische Verbindungen daraus zu gewinnen und die Erzeu-

gung von Acetylen und anderen Industriechemikalien zu verbilligen, laufen Versuche für Tunnelbohrungen unter Anwendung von LASER-Energie. Allerdings eignen sich LASER-Strahlen mit einheitlichem Wellenzug zum Brechen von Gestein nicht, weil dann der Fels nur in einem eng begrenzten Bereich schmilzt. Deshalb verwendet man „unscharfe“ LASER-Strahlen mit sich überlagernden Wellenzügen, deren Energie den Fels zerbricht. Man schätzt, daß mit diesem Verfahren einmal Tunnelbohrungen erheblich billiger durchzuführen sind als durch Sprengungen.

Wissenschaftler am Wright-Patterson-Institut für Flugforschung in Dayton (Ohio) entwickelten als Prototyp ein Speichersystem auf LASER-Basis für die Datenverarbeitungsanlage eines Autopiloten. Es ist so programmiert, daß es je nach den vorliegenden Wettermeldungen den bestmöglichen Flugweg auswählt und Kollisionen bei Start, Landung und im Flug durch blitzschnelle Ausweichmanöver verhindert. Das „Gedächtnis“ des Geräts ist ein Kristall von der Größe einer Streichholzschachtel. LASER-Strahlen sondieren den Kristall, in dem 40 000 Informationswerte gespeichert sind und empfangen die der jeweiligen Situation entsprechenden Informationen zur Aktivierung der Geräte.

Die Anwendung von LASER-Strahlen als Trägermedium zur Nachrichtenübermittlung — in Zukunft vielleicht das umfangreichste Gebiet für die LASER-Technik — steckt noch in den Kinderschuhen. Theoretisch könnten auf einem einzigen LASER-Strahl 10 Millionen Fernsehprogramme gleichzeitig gesendet werden. Die Reichweite ist jedoch auf Sichtweite begrenzt, da LASER-Strahlen sich nur gradlinig fortpflanzen. Bei Versuchen wurden Sendungen 16 km weit ausgestrahlt. Als Nachrichtenmittel im Weltraum benutzt, ist die Reichweite praktisch unbegrenzt. AD

neue Bücher

Gespräche in Bergedorf

„Ist der Weltfriede unvermeidlich“, Bergedorfer Protokoll, Band 18, R. v. Decker's Verlag, G. Schenk, Hamburg-Berlin

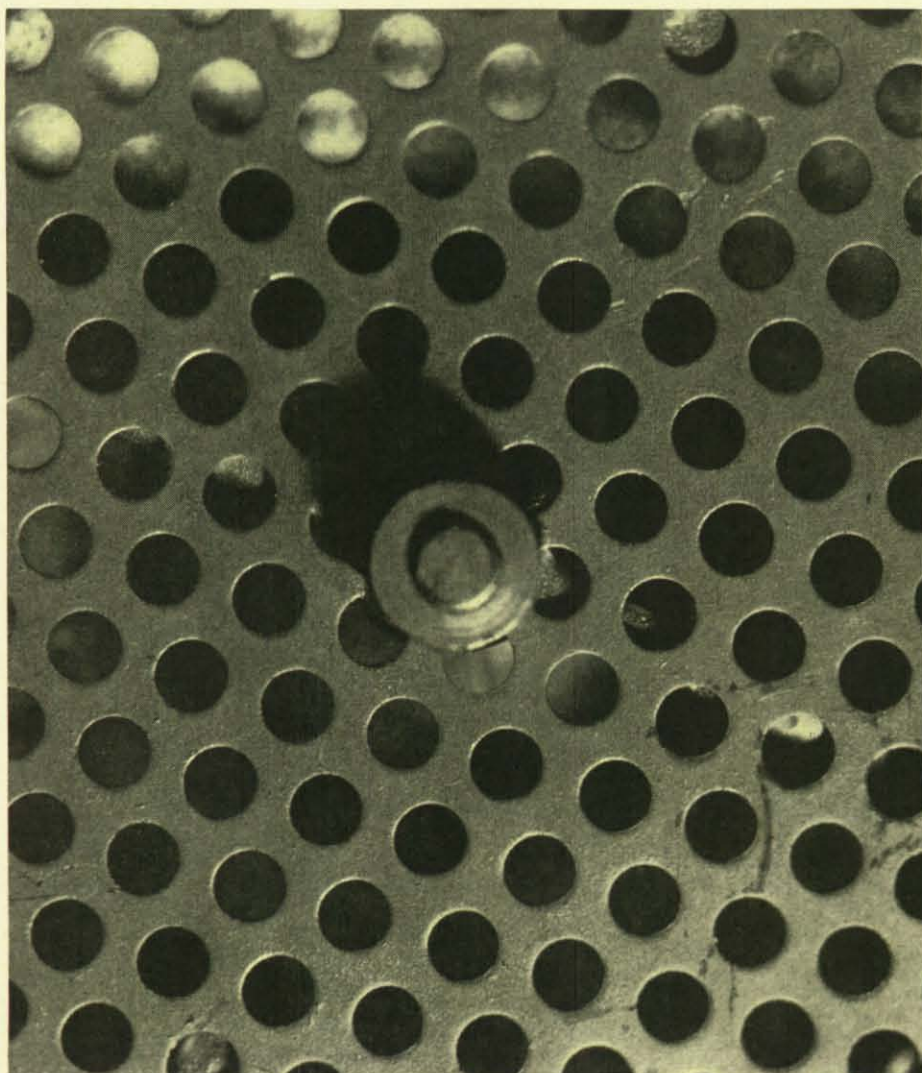
Unter dem Motto „Ist der Weltfriede unvermeidlich“, gleichzeitig Thema des Grundsatzerferates von Prof. Dr. Carl-Friedrich Freiherr von Weizsäcker, stand das Bergedorfer Gespräch im November 1966, jetzt als 18. Bergedorfer Protokoll veröffentlicht. Weder von der Thematik noch der Metho-

de her sind die Bergedorfer Gespräche so angelegt, daß Problemlösungen erwartet werden können. Auch verzichtet Prof. Dr. Edgar Salin, ein sehr behutsamer und unaufdringlicher Diskussionsleiter, auf die bei Fernsehdiskussionen so beliebten krampfhaft-versöhnlichen Schlußworte. Das Gespräch springt häufig von einem Thema zum anderen. Oft gibt ein einzelnes Wort des Vorredners Anlaß zu einem längeren Exkurs, zu dem wiederum andere Teilnehmer Stellung nehmen, bis der fallengelassene Faden des Themas aufs neue aufgenommen wird.

Eine Fülle von Gedanken zur Frage des Weltfriedens knüpfen sich so an das Referat von Prof. von Weizsäcker, in dem er u. a. seine bekannten Thesen von der Notwendigkeit der Weltinnenpolitik und der erforderlichen großen moralischen Anstrengungen zu ihrer Durchführung entwickelt. Und wenn zum Abschluß des Gesprächs zwischen den zwei Dutzend Teilnehmern aus der Bundesrepublik, den USA, Schweiz, England, Frankreich, Österreich und der UdSSR festgestellt wird, daß man nunmehr die Tatsachen kenne, d. h. in diesem Falle die verschiedenen Auffassungen und Urteile über die Wege zum Weltfrieden, dann ist das nicht zu optimistisch. Weitgehende Einigkeit bestand auch darüber, daß die geistigen Voraussetzungen für einen Weltfrieden vor allem durch eine Bildungsarbeit der Massenmedien geschaffen werden könnten. So schließt das Protokoll mit dem Wunsch nach einer Untersuchung der Frage, wieweit die Presse in Ost und West dieser Aufgabe gerecht wird.

Aus der Nähe besehen...

... hat sich diesmal unser Fotograf dieses Dingsda – und Sie sollen wieder versuchen, herauszufinden, was es darstellt. Etwas schwierig ist es schon. Die richtige Antwort können Sie auf Seite 32 nachlesen.



Einbanddecke 1966

Preis: DM 2,50

zuzüglich Porto

noch erhältlich!

Münchner Buchgewerbehaus

8 München 13, Schellingstr. 39-41

Wir projektieren, liefern
und montieren

Schutzraum- Belüftungen

für den zivilen Luftschutz und
Truppenunterkünfte



Unsere Anlagen entsprechen
den neuesten Erkenntnissen
und Richtlinien.

GEGR. 1882

MASCHINENFABRIK · APPARATEBAU

GEBR. HERRMANN

5 KÖLN-EHRENFELD · GRÜNER WEG 8-10
TELEFON 523161 · FS 08-882664

Wettkämpfe in glühender Sonne



Nachdem in ganz Hessen die Angehörigen der Selbstschutzzüge wochenlang Übungsabende veranstaltet hatten, fand am 1. Juli der mit Spannung erwartete Landeswettkampf der Laienhilfe-, Rettungs- und Kraftspritzenstaffeln statt. Bereits morgens um 4 Uhr starteten die Teilnehmer aus Nordhessen mit Bussen und Pkw, um gegen 9 Uhr auf dem Übungsgelände der BLSV-Ortsstelle Wiesbaden pünktlich einzutreffen. Da das Wiesbadener Übungsgelände durch den Bau einer Umgehungsstraße stark mitgenommen war, mußten ehrenamtliche Hel-

Unser Bild ganz oben zeigt die Kraftspritzenstaffeln bei dem Landeswettkampf in Wiesbaden. Aus D-Rohren wird der Brand angegangen. Darunter: Die Rettungsstaffeln erfüllen ihre Aufgaben. Sie bergen nach einem Mauerdurchbruch die „Verletzten“.

fer und Bedienstete viele Arbeitsstunden aufwenden, um die Wettkampfbahn für den großen Tag wiederherzurichten. Die Unterstützung durch die Stadtverwaltung Wiesbaden, die Hauptfeuerwache Wiesbaden und die amerikanische Armee trugen viel zum Gelingen der Veranstaltung bei. Auf dem Übungsgelände waren drei Kampfbahnen von je 4 m Breite und 80 m Länge — gespickt mit Hindernissen — angelegt worden. Am Start war ein Balkenhindernis von 1,50 m Höhe und 5 m Länge zu überwinden. Dahinter befanden sich Bar-

rieren, an denen die Helfer der Rettungsstaffeln ihre Fertigkeit im Knüpfen von Knoten beweisen mußten. Dann folgte ein Trümmerberg von 5 m Höhe und einem Durchmesser von etwa 12 m und anschließend ein Pfahlhindernis. Weitere Hindernisse bildeten Drahtgestelle von 100 cm Höhe und 2 m Länge sowie eine Mauer von 80 cm Höhe. Diese Hindernisse mußten von allen Staffeln beim Hin- und Rückweg überwunden werden; eine sehr schwierige Aufgabe, wenn man bedenkt, daß die Kraftspritzenstaffeln auf diesem Wege ihre Schläuche verlegen mußten und daß Rettungs- und Laienhelfer durch diese Hindernisse die geborgenen und versorgten Verletzten zu transportieren hatten. Für die Rettungsstaffeln kamen noch 2 weitere Erschwernisse, und zwar ein Kriechgang von 6 m Länge, an dessen Ende ein Verletzter lag, und eine Betonröhre von 80 cm Durchmesser und 1 m Länge. Diese Röhre war durch eine Spanplatte abgeschlossen, und die Rettungshelfer mußten die Platte aufsägen, um den dahinter liegenden Verletzten durch diese Öffnung zu bergen. Rettungs- und Laienhilfestaffeln hatten jeweils zwei Verletzte zu bergen, zu versorgen und zur Verletztenablage durch und über die Hindernisse zu transportieren. Verletzungen bestanden aus einer Platzwunde an der Stirn, einem offenen Unterschenkelbruch und einer Verbrennung 2. Grades am Unterarm. Sie waren so naturgetreu dargestellt, daß mancher der Zuschauer beim ersten Blick an echte Verletzungen glauben konnte. Für die Kraftspritzenstaffeln waren als Löschielen Holztürme aufgestellt worden, denen als Krönung jeweils zwei Autoreifen aufgesetzt waren.

Um 9.45 Uhr traten die ersten drei Laienhilfestaffeln an, dann folgten drei Rettungsstaffeln und anschließend drei Kraftspritzenstaffeln. Bis zum Nachmittag hatten jeweils neun Staffeln jeder Sparte die Wettkämpfe absolviert. Bei diesen insgesamt 27 Staffeln handelte es sich um die besten aus den hessischen Regierungsbezirken, denn bereits vorher hatten auf der Ebene der Regierungsbezirke Ausscheidungswettkämpfe stattgefunden. Die Vielzahl der Staffelmeldungen hatte diese Ausscheidungswettkämpfe erforderlich gemacht.

Zwölf Schiedsrichter, ein Schiedsgericht und der Wettkampfleiter sorgten für eine objektive Beurteilung der Leistungen und einen flotten und geordneten Ablauf der Wettkämpfe. Um 15.30 Uhr standen die drei Sieger jeder Staffellart fest, die dann nach Eintreffen der Ehrengäste zum Endkampf antraten, um eine eindrucksvolle Darstellung der Breitenarbeit und des Ausbildungsstandes im Selbstschutz zu geben. Trotz der vorausgegangenen Strapazen des ersten Durchganges und der erbarmungslosen Hitze gaben die Teilnehmer ihr Letztes: Die Helfer der Kraftspritzenstaffel gingen im Rekordtempo über und durch die Hindernisse, die Kommandos „Wasser marsch“ schallten über den Platz, und schon nach kürzester Zeit war das Wasser an den Strahlrohren. Die Holzstapel wurden in Windeseile gelöscht, und mit Einreißhaken und Äxten versuchte man, die brennenden Autoreifen auseinanderzureißen, um den Löschvorgang zu beschleunigen. Die roten Flammen und der schwarze Qualm vermittelten fast den Eindruck einer echten Brandkatastrophe. Genauso lebendig war die Demonstration der Rettungsstaffeln, deren Tätigkeit durch das Dröhnen der Fäustel und Kreischen der Sägeblätter akustisch untermalt wurde. Im Gegensatz zu diesen lebhaften Darbietungen stand das Wirken der Laienhilfestaffeln: kein lautes Rufen, kein Hin- und Hergelaufe; an den gemessenen und behutsamen Hantierungen dieser Männer und Frauen konnte man die Schwere der Verletzungen der zu Betreuenden ablesen. Trotz der Schwierigkeit ihrer Aufgaben strahlten diese Helfer Ruhe und Umsicht aus und ersetzten Schnelligkeit durch Fürsorge und Rücksichtnahme.

Landesstellenleiter Heldmann konnte als Gäste bei den Wettkämpfen neben dem Bundestagsabgeordneten Schmitt-Vockenhausen Vertreter der Landesregierung, der Regierungspräsidien Wiesbaden und Kassel, der Bundeswehr, des Magistrates der Landeshauptstadt Wiesbaden, der DAG, der Deutschen Bundesbahn und der Basisorganisationen begrüßen. Das Geschäftsführende Vorstandsmitglied, Ltd. Regierungsdirektor Fritze, Abteilungsleiter Mackle, Referent Oberverwaltungsrat Franke sowie Hilfsreferent Liebe der Bundeshauptstelle des BLSV waren ebenfalls bei der Leistungsschau der Selbstschutzstaffeln in Hessen anwesend. In seiner Begrüßungsansprache unterstrich Landesstellenleiter Heldmann den Wert der Selbstschutzkräfte, die bei Katastrophen jeder

Art in kürzester Frist einsatzbereit seien und infolge Zeitvorsprunges und Kenntnis der örtlichen Verhältnisse schnellste Hilfe bis zum Eintreffen von Bereitschaften, Abteilungen und Zügen der großen Katastrophenschutzorganisationen leisten könnten. Es gelte, den Leistungsstand der Selbstschutzkräfte zu erhalten und dieses Bindeglied zwischen Betroffenen und Katastrophenschutzeinheiten zu verstärken. Herr Heldmann dankte den Helfern für ihre jahrelange Mitarbeit und Einsatzbereitschaft und bat dann den Bundestagsabgeordneten Schmitt-Vockenhausen, sich auch weiterhin — wie bisher — dafür einzusetzen, daß dem Bundesluftschutzverband auch in Zukunft neben Aufklärung und Beratung die Ausbildung der freiwilligen Helfer erhalten bleibe. MdB Schmitt-Vockenhausen dankte den Wettkampfteilnehmern für ihre Bereitschaft, im Selbstschutz mitzuarbeiten, und überreichte den Führern der siegreichen Staffeln mit herzlichen Glückwünschen die Siegerpreise in Form von silbernen Schalen mit dem hessischen Landeswappen und Bildern der Landeshauptstadt Wiesbaden. Dieser Landeswettkampf zeichnete sich durch Opferbereitschaft und Kameradschaft aus. In wochenlangender Vorarbeit haben sich Helfer für Wettkampfübungen, Herrichten von Hindernissen und Übungsplätzen zur Verfügung gestellt, Staffeln aus ganz Hessen nahmen an Bezirksausscheidungen teil, und viele Staffeln trugen tapfer die Enttäuschung, nicht am 1. Juli am Endkampf teilnehmen zu können. Obwohl nur insgesamt 27 Staffeln in Wiesbaden zum Landeswettkampf antraten, waren rd. 400 Helfer aus Hessen erschienen. Etwa die Hälfte von ihnen mußte Reise- und Verpflegungskosten selbst tragen, aber das hinderte sie nicht daran, allein durch ihr Erscheinen der Öffentlichkeit zu beweisen, wie eng sie mit dem Bundesluftschutzverband und dem Selbstschutz verbunden sind. Helfer der Ortsstelle Wiesbaden, Angehörige der Landesstelle und anderer BLSV-Dienststellen waren den ganzen Tag in der glühenden Sonne als Ordner, Verletztenablage oder in anderen Funktionen tätig. Sie alle bewiesen, wie lebendig der Geist der Hilfsbereitschaft und Kameradschaft im Selbstschutz ist und daß es dringend geboten erscheint, der Bevölkerung diese Basis zu erhalten.

Ingeburg Heyer

Beim Amt für Zivilschutz der **Stadt Nürnberg** werden zwei kontaktfreudige Persönlichkeiten mit organisatorischen und pädagogischen Fähigkeiten für die Stellen der

hauptamtlichen Aufstellungsleiter des örtlichen LSHD

gesucht.

Bevorzugt werden: Bewerber mit guten Verwaltungskennntnissen und besonderen Erfahrungen bei Basisorganisationen;

Bewerber mit Lehrbefähigung im Zivilschutz oder ausgebildete Führer des LSHD;

Offiziere des Bundesgrenzschutzes oder der Bundeswehr mit entsprechend absolvierten Lehrgängen.

Geboten werden: Vergütung nach Vergütungsgruppe IV a bzw. V b BAT;

zusätzliche Altersversorgung und sonstige soziale Leistungen.

Interessenten mit den geforderten Voraussetzungen werden gebeten, ihre Bewerbungsunterlagen (handgeschriebener Lebenslauf, Lichtbild, bestätigte Zeugnisabschriften usw.) bis spätestens 14 Tage nach Veröffentlichung dieser Anzeige beim

Personalamt der Stadt Nürnberg,

Rathaus, Fünferplatz 2, Zimmer Nr. 173, einzureichen.

Walter Bargatzky DRK-Präsident Ritter von Lex zum Ehrenpräsidenten gewählt



Aus Gesundheitsgründen hat der bisherige DRK-Präsident, Staatssekretär a. D. Hans Ritter von Lex, sein Amt niedergelegt. Während der Jahreshauptversammlung hatten zuvor die Delegierten der 15 DRK-Landesverbände und der DRK-Schwesternschaft den bisherigen Vizepräsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, Staatssekretär a. D. Walter Bargatzky, zum neuen Präsidenten gewählt. In einer Feierstunde betonte Bundespräsident Dr. h. c. Heinrich Lübke als Schirmherr des DRK, Ritter von Lex sei als DRK-Präsident zum Streiter für Menschlichkeit und Frieden geworden. Bundesminister Dr. Schröder hob als früherer Chef des Innenministeriums, dem Ritter von Lex sieben Jahre lang als Staatssekretär zur Seite gestanden hat, die Verdienste des scheidenden Präsidenten während dieser Zeit hervor. „Einen Freund gegen Not und Tod“ nannte der Vizepräsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Genf, Dr. Hans Bachmann, den bisherigen Präsidenten. Für seine großen Verdienste wurde Ritter von Lex zum Ehrenpräsidenten des Deutschen Roten Kreuzes mit Sitz und Stimme gewählt.

Durch die Wahl von Staatssekretär a. D. Walter Bargatzky zum neuen DRK-Präsidenten ist sichergestellt, daß das Deutsche Rote Kreuz im Geist von Ritter von Lex weiterarbeiten wird. Ritter von Lex war es, der Walter Bargatzky zu seinem Nachfolger vorgeschlagen hatte.

Präsident Bargatzky wurde 1910 in Baden-Baden geboren. Nach Ablegung der Reifeprüfung studierte er Jura. Dieses Studium und die anschließende juristische Ausbildung schloß er 1935 in Stuttgart mit der Großen juristischen Staatsprüfung ab. Bis zum Jahre 1939 war er im Reichsjustizministerium tätig, dann wurde er Soldat. Danach fand er als Militärverwaltungsbeamter im Stab des Militärbefehlshabers in Frankreich Verwendung. Nach dem Krieg war Walter Bargatzky zunächst Polizeidirektor in seiner Heimatstadt und anschließend Verwaltungsgerichtsdirektor in Baden-Baden und Freiburg im Breisgau.

1950 erfolgte seine Berufung in das Bundesministerium des Innern. Hier leitete er ab 1957 die Abteilung Ziviler Bevölkerungsschutz, gleichzeitig bis zum Jahre 1958 auch die Abteilung Öffentliche Sicherheit.

Als Leiter der Abteilung Ziviler Bevölkerungsschutz hat Präsident Bargatzky auch den Selbstschutzgedanken sehr gefördert. Dem Bundesluftschutzverband stand er stets mit klugem Rat und wertvoller Tat zur Seite. Auf seine Anregung hin wurde die „ZB-Illustrierte“ in die Fachzeitschrift „Ziviler Bevölkerungsschutz—ZB“ umgewandelt. Nicht zuletzt seinen vielen sachkundigen Ratschlägen ist es zu danken, daß unser Blatt heute im In- und Ausland beachtet, von den Zivilschutzorganisationen vieler Länder ausgewertet und sein Inhalt zitiert und nachgedruckt wird.

1963 wechselte Präsident Bargatzky vom Bundesministerium des Innern als Staatssekretär in das neugeschaffene Bundesgesundheitsministerium über. Im Herbst vergangenen Jahres hat er dieses Amt auf eigenen Wunsch niedergelegt. — Der Bundesluftschutzverband wünscht dem Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes in seinem neuen Aufgabenbereich viel Erfolg.

Lehrgänge der Bundesschule des BLSV in Waldbröl

Fachlehrgang Laienhilfe (Einweisung LH I und LH II)

Vom 26. bis 29. September:

Teilnehmer: Selbstschutzlehrer, die vorgesehen sind, auf Orts- bzw. Landesebene bei der Ausbildung in der Laienhilfe I und II mitzuwirken

Zweck: Einweisung in die Durchführung der Fachlehrgänge Laienhilfe I und II

Voraussetzung: Grundausbildung Erste Hilfe

Fachlehrgang Vortragsgestaltung II

Vom 26. bis 29. September:

Teilnehmer: Helfer des Bundesluftschutzverbandes, die als Redner im Aufklärungsrednerdienst vorgesehen sind

Zweck: Erwerb der Befähigung als Redner im Aufklärungsrednerdienst des Bundesluftschutzverbandes

Voraussetzung: Erfolgreich abgeschlossener Lehrgang Vortragsgestaltung I

Abschlußlehrgang Teil I

Vom 3. bis 6. Oktober:

Teilnehmer: Ausbilder, die die Lehrbefähigung erwerben wollen

Zweck: Vorbereitung auf den Teil II des Abschlußlehrgangs

Voraussetzung: Fachlehrgänge ABC-Schutz I und Selbstschutzführung I, erfolgreich abgeschlossener Aufbaulehrgang und Fachlehrgang ABC-Schutz II

Sonderlehrgang Leiter und Lehrer der Landesschulen

Vom 3. bis 6. Oktober:

Teilnehmer: Leiter und Lehrer der Landesschulen

Zweck: Vereinheitlichung der Ausbildung im Fachgebiet ABC-Schutz Seminar

Fachlehrgang Brandschutz (Vertiefung)

Vom 10. bis 13. Oktober:

Teilnehmer: Sachbearbeiter III, Selbstschutzlehrer und Ausbilder

Zweck: Vertiefung der Kenntnisse in dem Fachgebiet Brandschutz

Voraussetzung: Mindestens Aufbaulehrgang

Fachlehrgang Selbstschutzführung II

Vom 10. bis 13. Oktober:

Teilnehmer: Bezirksstellenleiter, Ortsstellenleiter und Sachbearbeiter I aus Orten mit über 30 000 Einwohnern, Bereichs-, Abschnitts- und Teilabschnittsstellenleiter, leitende Ausbildungskräfte, Führungs- und Ausbildungskräfte nach besonderer Aufforderung

Zweck: Fachausbildung in der Selbstschutzführung

Voraussetzung: Fachlehrgänge Selbstschutzführung I und ABC-Schutz II

Abschlußlehrgang Teil II

Vom 17. bis 24. Oktober:

Teilnehmer: Ausbilder, die die Lehrbefähigung erwerben wollen

Zweck: Erwerb der Lehrbefähigung

Voraussetzung: Erfolgreich abgeschlossener Abschlußlehrgang Teil I

Fachlehrgang Rettung (Vertiefung)

Vom 17. bis 20. Oktober:

Teilnehmer: Sachbearbeiter II, Selbstschutzlehrer und Ausbilder

Zweck: Vertiefung der Kenntnisse in dem Fachgebiet Rettung

Voraussetzung: Mindestens Aufbaulehrgang

Fachlehrgang Laienhilfe (Einweisung LH I und LH II)

Vom 17. bis 20. Oktober:

Teilnehmer: Selbstschutzlehrer, die vorgesehen sind, auf Orts- bzw. Landesebene bei der Ausbildung in der Laienhilfe I und II mitzuwirken

Zweck: Einweisung in die Durchführung der Fachlehrgänge Laienhilfe I und II

Voraussetzung: Grundausbildung Erste Hilfe

Fachlehrgang Selbstschutzlehrer Teil I

Vom 24. bis 27. Oktober:

Teilnehmer: Selbstschutzlehrer, die vor 1964 ihre Lehrbefähigung erworben haben

Zweck: Vertiefung der bisherigen Kenntnisse in den Fachgebieten Brandschutz und Rettung

Vereinheitlichung der Ausbildung

Seminar

Fachlehrgang Vortragsgestaltung II

Vom 24. bis 27. Oktober:

Teilnehmer: Helfer des Bundesluftschutzverbandes, die als Redner im Aufklärungsrednerdienst vorgesehen sind

Zweck: Erwerb der Befähigung als Redner im Aufklärungsrednerdienst des Bundesluftschutzverbandes

Voraussetzung: Erfolgreich abgeschlossener Lehrgang Vortragsgestaltung I



... sachlich und nüchtern überdenken!

Der Besuch von Mitgliedern des Pressevereins Bonn auf der BLSV-Bundesschule, von langer Hand vorbereitet, fand am 20. 5. 67 statt.

Nach einer Begrüßung der insgesamt 14 Damen und Herren durch den Leiter der BLSV-Bundesschule, Hans Gerhard Meyer, hielt Hilfsreferent Buchholz von der Bundeshauptstelle das Einführungsreferat. Besonders interessant schien den Gästen die Tatsache, daß sich bereits in den zwanziger Jahren ein Verband um die Anliegen des Luftschutzes bemüht hat, und der BLSV somit auf eine Tradition zurückblicken kann, die nicht etwa auf den Reichsluftschutzbund gegründet ist.

Nach einem weiteren Vortrag, der die Besucher über den Selbstschutz in Wohnstätten orientierte, wurden ihnen durch den Se-Lehrzug die Brandschutzgeräte, die bei der Ausbildung im Selbstschutz Verwendung finden und mit denen die Se-Züge ausgerüstet werden, in der Praxis vorgeführt.

Sehr eindrucksvoll wurden die Robustheit und die Leistungsfähigkeit der Tragkraftspritze TS 0/5 sowie der Einstellspritze demonstriert.

Nach einer Besichtigung des Gerätehauses und verschiedener Unterrichtsräume wurden die Übungen des Se-Lehrzuges im Gelände fortgesetzt. Löschübungen und die Bergung von „Verschütteten“ aus den Trümmerhäusern des Übungsgeländes wurden unter sehr realistischen Bedingungen durchgeführt.

Abschließend sagte ein Sprecher der Gäste: „Wir wollen nicht leugnen, daß es uns allen nicht sehr wohl dabei ist, wenn wir vom Selbstschutz sprechen. Aber wir müssen ehrlich zugeben, daß uns die Vorführungen und die Vorträge aufgezeigt haben, daß der BLSV dieses ‚heiße Eisen‘ sachlich und überzeugend angefaßt hat. Für uns sollte das aber ein Grund sein, das ganze Problem ebenso nüchtern wie sachlich neu zu überdenken!“

E. W. van gen Hassend

Schleswig-Holstein

■ Dankurkunde für Katastropheneinsatz

Durch ihre Lage ist die Stadt Elmshorn (Kreis Pinneberg) an der schleswig-holsteinischen Westküste immer wieder bei Sturmfluten bedroht. Dies erfordert die Wachsamkeit und den Einsatz aller dort für die Katastrophenabwehr bereitstehenden Kräfte. Hierzu gehören auch die Helfer des Bundesluftschutzverbandes, die — aus Elmshorn, Pinneberg und Uetersen — sich ganz besonders eingesetzt hatten, als Ende Februar/Anfang März dieses Jahres wieder einmal für Elmshorn Hochwassergefahr bestand. Als Anerkennung für die geleistete Hilfe überreichte die Stadtverwaltung Elmshorn dem BLSV eine Dankurkunde mit folgendem Wortlaut:

„Für Ihre unermüdete und tatkräftige Hilfe und den selbstlosen Einsatz bei der Abwehr der Sturmfluten im Febr./März 1967 und bei den Schadensbeseitigungen sprechen wir Ihnen im Namen der Stadt Elmshorn unseren besonderen Dank aus.“

■ Stärkeres Interesse am Selbstschutz

Ein Sprichwort sagt: Unglück schläft nicht. Die Helfer des BLSV und des Selbstschutzes können ein Lied davon singen. Bei Stürmen und Deichbrüchen demonstrieren sie ebenso wie etwa bei Hauseinstürzen und anderen Katastrophen, daß helfen kann, wer helfen gelernt hat. Denn wer sich selbst zu helfen weiß, kann im Notfall auch anderen helfen, jenen zum Beispiel, die noch keine Grundausbildung im Selbstschutz mitgemacht haben. Immer mehr Menschen eignen sich die Kenntnisse in der Selbsthilfe an.

So haben Zeitungen des nördlichsten Bundeslandes mit Interesse vermerkt, daß die Aufmerksamkeit der Bevölkerung für Veranstaltungen des Bundesluftschutzverbandes steigt. Mehr Menschen als je zuvor — so heißt es — kämen zu den Einsatzübungen, zu Filmvorführungen, Informationsgesprächen und Lehrgängen. Das „Stormarner Tageblatt“ hat am 12. Juni 1967 geschrieben: „Der Nahost-Konflikt hat viele nachdenklicher und aufgeschlossener gestimmt für den Selbstschutz.“ Das könnte wieder einmal bewei-

sen, daß sich manche Mitmenschen erst dann Gedanken über einen Blitzableiter auf dem eigenen Haus machen, wenn das Gewitter schon im Anzug ist. Daß Vorsorge das beste Mittel gegen die Sorge ist, wissen sie vielleicht noch nicht. Dabei gibt es allerorts Möglichkeiten genug, im besten Sinne des Wortes vorzusorgen.

Einen Beweis dafür, daß die Helfer mit Schaufel, Spaten und anderem Werkzeug umzugehen wissen, brachte der große „Schlammeinsatz“ des BLSV am 19. Juni am Wasserlauf rund um die Bürgermeisterinsel in Bad Oldesloe. Zwei Tage lang leisteten dort die Helfer Schwerarbeit, als es galt, die Ufer zu befestigen. Dabei hat auch der jüngste Helfer der Ortsstelle, der 16jährige Wolf-Rüdiger Ladewig, kräftig zugepackt. Er schleppte Faschinen zur Arbeitsstelle im Bett des Wasserlaufes. Er und seine Kameraden — alle zwischen 16 und 20 Jahre — haben in vielen Ausbildungsstunden gelernt, wie man sich bei Notfällen helfen kann. Weder sie noch ihre Ausbilder haben dabei an Kriegsspiele gedacht. Dafür aber bewiesen sie gesunden Bürgersinn, echten Gemeinschaftsgeist und die Bereitschaft zum Helfen, weil sie gelernt haben, sich und anderen wirksam zu helfen. P. Ehrhart

Niedersachsen

■ Heinz Jordan geehrt

Mit der Verleihung der Ehrennadel des Verbandes zeichnete der Vorstand des BLSV einen ehrenamtlichen Ortsstellenleiter aus, der seit 1958 im BLSV tätig ist.

1963 übernahm Heinz Jordan die Ortsstelle Hameln, die unter seiner Leitung auf beachtliche Erfolge zurückblicken kann. Neben einer aktiven Ausbildungstätigkeit — allein 31 Se-Grundausbildungen — ist die Organisation des Selbstschutzes in Hameln, in enger Zusammenarbeit mit der Stadt, als vorbildlich anzusehen. Ortsstellenleiter Jordan kann sich auf eine bewährte Mannschaft stützen. Von seinen 156 BLSV-Helfern haben zwei die Lehr-, sieben die Ausbildungsberechtigung erworben, 22 Helfer sind als Ausbildungshelfer bestätigt. Die Feierstunde fand im Sitzungssaal des Hochzeitshauses in Hameln statt. Nach der Überreichung der Ehrennadel durch



Landesstellenleiter Jörn (rechts) überreicht Ortsstellenleiter Heinz Jordan die BLSV-Ehrennadel.

Landesstellenleiter Jörn sprach Stadtdirektor Groß anerkennend Worte über die gute Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und BLSV-Dienststelle, die ein Verdienst von Heinz Jordan sei.

Bayern

■ Erlangen hat seine neue Übungsanlage

Es brauchte seine Zeit, und es bedurfte vieler fleißiger Hände, um die Übungsanlage der Ortsstelle Erlangen in allen Einzelheiten so zu bauen, wie sie heute ist. Als die Anlage offiziell ihrer Bestimmung übergeben werden konnte, nahm Ortsstellenleiter Heinz Lenneps die Gelegenheit wahr, aus diesem Anlaß einen festlichen Helferabend in den Räumen des Lehr- und Übungsheimes am Egelanger zu veranstalten. Dieses Heim bildet den Mittelpunkt der Übungsanlage.

In seiner Eröffnungsansprache konnte Heinz Lenneps mit den Helferinnen und Helfern der Ortsstelle Erlangen eine ganze Reihe von Ehrengästen begrüßen, an der Spitze Stadtdirektor Dr. Schropp als Vertreter des Oberbürgermeisters, die Stadträte Eckert und Reim als Vertreter des Stadtrates und der Stadtverwaltung, den Leiter der Feuerwehr, Heckmaier, den technischen Betriebsleiter der Medizinischen Klinik, Schon, und vom Bundesluftschutzverband als auswärtige Gäste den Leiter der Landesstelle Bayern, Dr. Georg Walberer, und zwei seiner Mitarbeiter, den Leiter der Bezirksstelle Mittelfranken, Kunde, sowie die Leiter der benachbarten Ortsstellen Nürnberg, Fürth und Forchheim. Lenneps dankte allen, die zum Gelingen des Werkes beigetragen haben, vor allem der Stadtverwaltung Erlangen für ihr Verständnis und ihre Unterstützung und erläuterte die verschiede-

nen Anlagen auf dem Gelände an der Regnitz, die den Erfordernissen der Selbstschutz-Ausbildung in jeder Hinsicht entsprechen. Stadtdirektor Dr. Schropp übermittelte die Grüße der Stadt Erlangen und würdigte das Wirken des Bundesluftschutzverbandes. Landesstellenleiter Dr. Walberer betonte in seiner Ansprache, daß die Übungsanlage in Erlangen beispielhaft sei für den Bau solcher Ausbildungseinrichtungen. Ein Farbfilm zeigte den Teilnehmern des Helferabends Ausschnitte von der Ausbildungsarbeit der Ortsstelle auf dem Übungsgelände. Eine gelungene Quizveranstaltung, die den Helferinnen und Helfern Gelegenheit bot, ihr Wissen auf verschiedenen Gebieten zu zeigen, leitete zum kameradschaftlichen Teil des Abends über, von dem ein Mitarbeiter der Ortsstelle Farbfilmaufnahmen anfertigte. Dr. R. G.

■ 60 000 Besucher am BLSV-Stand in Bayreuth

Die Ortsstelle Bayreuth benutzte die Gelegenheit der 13. Oberfranken-Ausstellung, um die Bevölkerung mit einem eigenen Informationsstand anzusprechen und sie auf die Vorsorgemaßnahmen im Rahmen des Selbstschutzes hinzuweisen. Mit Unterstützung der Bezirksstelle Oberfranken gestalteten haupt- und ehrenamtliche Kräfte der Ortsstelle eine Sonderschau, die die Aufmerksamkeit der Ausstellungsbesucher in starkem Maße auf sich zog. Von den insgesamt 93 000 Besuchern der Oberfranken-Ausstellung kamen rd. 60 000 Personen auch zu dem BLSV-Stand. Der Aussage des Standes sowie dessen günstige Lage in der Gesamtausstellung und vor allem der geschickten und auf die Besucher jeweils abgestellten Informations- und Beratungstätigkeit der Standbetreuer ist dieser Erfolg zu verdanken.

An zahlreichen Beispielen wurde das Gerät gezeigt, das den Selbstschutzkräften ermöglichen soll, sich im Augenblick der Gefahr selbst zu helfen. Die Ausstellungsbesucherinnen wandten sich vorwiegend dem Teil des BLSV-Standes zu, welcher der Lebensmittelbevorratung im Haushalt gewidmet war. Ein wirkungsvoll aufgebautes Modell demonstrierte die Möglichkeiten der Verwendung von Strahlenmeßgeräten

und des Schutzes vor radioaktiver Strahlung. Als besonderen Anziehungspunkt für die Besucher erwiesen sich die Tonbildschauen, die mit ihren aktuellen Themen das Selbstschutzproblem aufzeigten.

Dr. R. G.

Baden-Württemberg

■ Bürgermeister eröffneten BLSV-Ausstellung

Zum zweitenmal ist die Fahrbare Informations- und Beratungsstelle der Bundeshauptstelle in Baden-Württemberg eingesetzt: und wieder verspricht ihre Tätigkeit einen guten Erfolg in der Aufklärungsarbeit über vorsorgende Selbstschutzmaßnahmen.

Der Vorbereiter der Fahrbaren Informations- und Beratungsstelle konnte in den Städten Heidelberg, Mosbach, Buchen, Tauberbischofsheim, Walldürn, Wertheim, Heilbronn, Backnang und Schwäbisch Hall die Leiter der weiterführenden Berufs- und Gewerbeschulen für eine Unterrichtung der Schüler im Selbstschutz interessieren und sie von der Wichtigkeit der Information junger Menschen über Vorsorge- und Schutzfragen überzeugen.

In den meisten Städten hatten die BLSV-Dienststellenleiter erreicht, daß zur Eröffnung der Ausstellungen und zur ersten Informationsstunde die Bürgermeister als örtliche Luftschutzleiter persönlich anwesend waren und in einer kurzen Ansprache auf die Wichtigkeit von Schutzvorsorge und der Mitarbeit im Selbstschutz hinwiesen. Auch waren in zahlreichen Fällen die Spitzen der Behörden sowie Stadt- und Gemein-

deräte und Vertreter der örtlichen Presse anwesend und bewiesen damit ihr Interesse an den Veranstaltungen.

Durch die Berichterstattung in den Zeitungen wurde die Bevölkerung auf die Anwesenheit der Fahrbaren Informations- und Beratungsstelle aufmerksam gemacht, so daß auch eine große Anzahl Bürger die Ausstellungen besuchte.

Wie aus den Berichten der Dienststellen und der Presse übereinstimmend hervorgeht, besteht für die von der Fahrbaren Informations- und Beratungsstelle aufgezeigten Schutz- und Ausbildungsmöglichkeiten durch den BLSV starkes Interesse.

■ Zahlreiche Besucher ließen sich informieren

Die Kreisstadt Böblingen war für zehn Tage Mittelpunkt des gesamten industriellen Ballungsraumes um Stuttgart. An der Ausstellung „Schwäbischer Fleiß“ beteiligten sich mehr als 800 Firmen mit ihren Erzeugnissen.

Bereits kurz nach der Eröffnung, bei der der Oberbürgermeister, sein Kollege aus der französischen Partnerstadt Pontoise und der Innenminister des Landes sprachen, drängten sich viele Schaulustige durch die Ausstellungshallen.

In einer Ehrenhalle warben die caritativen Organisationen, die Freiwillige Feuerwehr, der freiwillige Polizeidienst, das Technische Hilfswerk und die Kreisstelle des BLSV durch Sonder-schauen und forderten die Bevölkerung zur freiwilligen Mitarbeit auf. Die ehrenamtlichen Helfer des BLSV hatten bei der Gestaltung des Standes tatkräftig geholfen, ihn wirkungs-

voll aufzubauen. Die Betreuer der BLSV-Sonderschau konnten fast 4000 Ausstellungsbesucher über die Aufgabenstellung des Selbstschutzes und die Möglichkeiten einer persönlichen Ausbildung informieren; darunter waren rd. 1000 Interessenten, die sich sehr eingehend unterrichten ließen.

Rheinland-Pfalz

■ ÖTV und Zivilschutz

Eine Arbeitstagung der ÖTV in Bingen hatte sich die Bildung eines Arbeitsausschusses „Zivilschutz“ zum Ziel gesetzt. Gewerkschaftssekretär Jung (Mainz) und Bezirksvorsitzender Rothländer konnten einen sichtlich interessierten Kreis von Bediensteten des BLSV sowie des öffentlichen Zivilschutzes begründen. Das Mitglied des Hauptvorstandes der ÖTV in Stuttgart, Kamischke, sprach nach Ausführungen von Dr.-Ing. Thomasch (Köln) zum Thema „Zivilschutz und die ÖTV“. Er hob besonders die gesellschaftspolitische Aufgabe des Zivilschutzes hervor. Von eigenen Erfahrungen ausgehend, betonte Kamischke die Notwendigkeit einer umfassenden Vorsorge in unserer technisierten Welt. Gegenstand einer regen Diskussion waren auf dieser Arbeitstagung die besondere Situation der Bediensteten im Zivilschutz und die berufspolitischen Aufgaben auf diesem Sektor des öffentlichen Dienstes. Den eigentlichen Schwerpunkt des Treffens bildete die Konstituierung eines Arbeitsausschusses, dem aufgetragen wurde, unverzüglich seine Tätigkeit aufzunehmen. FI.

■ Hinweis

Die in ZB Nr. 6/67 auf Seite III in der Rubrik „Veranstaltungskalender“ unter Ziffer 5 bekanntgegebenen vier Informationstagungen für leitende Kräfte aus Betrieben und Verbänden der Industrie usw., finden nicht statt.

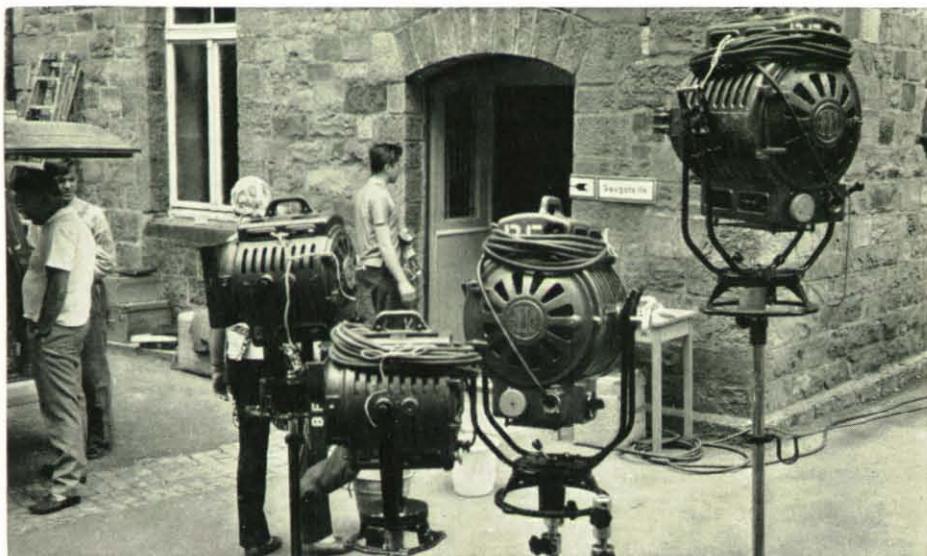
Nach der Eröffnung der Ausstellung der Fahrbaren Informations- und Beratungsstelle in Schwäbisch Hall erläuterte der Leiter der Ausstellung Bürgermeister Specht die Bildtafeln.



Aus der Nähe besehen....

Das Bild auf Seite 27 zeigt den Boden des C-Saugkorbes — ein Gerät der Kraftspritzenstaffel.

Ufa dreht in der Bundesschule



Links: Scheinwerfer aller Größen spendeten das notwendige Licht.

Unten: Eine Filmszene. Rettung eines Kindes aus verqualmtem Schlafzimmer.



Waldbröl, das kleine, freundliche Städtchen im Oberbergischen Land, bei den Helfern des Bundesluftschutzverbandes als Sitz der Bundesschule bekannt, lag unter einem strahlenden Sommerhimmel, als ein Team der Ufa mit den Dreharbeiten für einen neuen Film über den Selbstschutz begann. Unter der bewährten Regie von Wolfgang Bublitz stand Jürgen Quellhorst an der Kamera. Beide brachten ein gerütteltes Maß von Zivilschutzwissen mit; denn es ist nicht ihr erster Film, den sie im Auftrage des BLSV machten, und wird auch nicht ihr letz-

ter sein, wie wir hoffen; denn ein gut eingespieltes Team, noch dazu mit den nötigen Fachkenntnissen, ist geradezu der Idealfall, um einen guten Streifen zu drehen.

Helfer des BLSV aus dem gesamten Bundesgebiet, der Lehrzug der Schule und Einwohner von Waldbröl werden als Darsteller auf der Leinwand, wohlgemerkt in Farbe, zu sehen sein. Ein Rückblick am Ende der Aufnahmen — der Film hatte Selbsthilfemaßnahmen bei Bränden im Hause zum Thema — zeigte auch denjenigen Beteiligten, die

bisher die Filmarbeit nur vom Kinobesuch kannten, daß harte, ja sehr harte Arbeit vor und hinter der Kamera geleistet werden muß, wenn man einen guten Film machen will. Erstaunlich ist es für den Verfasser dieser Zeilen, als Beobachter bei den Dreharbeiten, an der Bundesschule immer wieder zu erleben, wie schon nach kurzer Zeit eine kameradschaftliche Zusammenarbeit entsteht. Man hatte den Eindruck, daß bei allen Akteuren schnell das Gefühl heranwuchs, mitverantwortlich für ein gutes Gelingen zu sein.

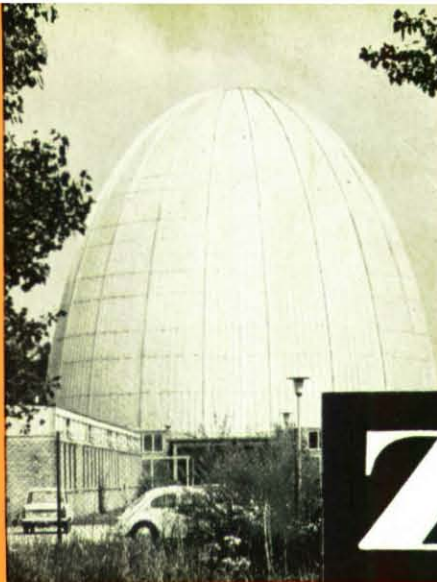
H. W. S.



Oben: Gleich wird es qualmen. An der Kamera Jürgen Quellhorst.

Links: Eine neue Einstellung wird geprobt. Ganz hinten Regisseur Bublitz.

Rechts: Sinnbild des Atomzeitalters.
30 Meter hoch ist die
Kuppel des Forschungsreaktors
in München-Garching.
„Atom-Ei“ nennt sie der Volksmund.



ZB im
Bild



Links: Im Duisburger Kaiserhafen
führte das THW verschiedene
Möglichkeiten zur Beseitigung von
Ölschäden auf dem Wasser vor.

Wenn es gilt, verschüttete Menschen
zu suchen, ist der ausgebildete
Rettungshund ein wichtiger Helfer.
Die Ausbildung beim BLSV ist kostenlos.

